Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 216. Montag, den 16. September 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die afrikanische Verwicklung.

Die Marokko-Affäre wird in ihrer Ausdehnung und Entwickelung immer bedenklicher. Mit Recht hat unser Genosse Jaures in Paris, der bei ähnlichen Gelegenheiten schon so oft seine warnende Stimme erhoben hat, betont, daß die französische Regierung die Befugnisse, die ihr in der Algeciras-Akte zugewiesen sind, überschritten habe. In der Tat war man mit den militärischen Maßregeln gleich bei der Hand, während man die Organisation der Polizei, wie sie in Algeciras vereinbart worden, versäumt hat. Diese Polizei hätte vielleicht die Katastrophe verhüten können. Nun ist aber der Stein im Rollen, und es handelt sich darum, ob aus den anfänglichen Abwehrmaßregeln ein Feldzug wird. Zwar ist der „heilige Krieg" noch nicht erklärt worden; aber ob er erklärt werden wird, hängt davon ab, welcher von den beiden Sultanen, die um den Thron kämpfen, Sieger bleiben wird. Bleibt der Aufstand im Innern des Landes Sieger, dann wird auch der „heilige Krieg" kommen, denn dieser Aufstand hat seinen Grund in dem neugeweckten und eifrig geschürten Fremdenhasse der Marokkaner. Die Franzosen werden dann einen großen und langwierigen Feldzug unternehmen müssen, um das Land zu erobern.

Es liegt dann die Gefahr nahe, daß durch den „heiligen Krieg" in Marokko die ganze islamitische Welt in Afrika in Bewegung gerät und daß daraus unabsehbare Folgen entstehen. Aber nehmen wir an, es werde gelingen, den Krieg zu „lokalisieren", das heißt, ihn auf Marokko zu beschränken. Dann entsteht die Frage, was mit Marokko geschehen soll, wenn es die Franzosen erobert haben werden. Das Mißtrauen anderer Mächte ist erwacht und beginnt langsam zu steigen. Man erinnert sich jetzt an Tunis und an die Art und Weise, wie die Franzosen dort vorgegangen sind. Sie hatten befürchtet, Italien möchte die erste Gelegenheit ergreifen, um Tunis an sich zu reißen. Darum ergriffen sie diese Gelegenheit selbst. Sie benutzten einen Einfall des Khrumirstammes, um mit Heeresmacht in das unter türkischer Oberhoheit stehende Gebiet von Tunis einzufallen und es zu besetzen. Sie zwangen dem Bey den Bardovertrag auf, durch den Tunis unter französisches Protektorat kam. Später wurde dieser Vertrag dahin erweitert, daß Frankreich ermächtigt wurde, im Gebiet von Tunis alle Reformen durchzuführen, die es für notwendig erachten würde. So ist Tunis eine französische Provinz geworden.

Die französische Besetzung von Tunis vollzog sich im Jahre 1881. Sie ging ohne weitere Zwischenfälle vor sich, denn die politische Atmosphäre war damals nicht so mit Explosivstoffen geschwängert, wie heute. Die Befürchtungen, daß die Franzosen es in Marokko genau so machen möchten, wie in Tunis, wachsen in gleichem Maße mit dem kriegerischen Konflikt, der sich vor den Mauern von Casablanca abspielt. Schon sind zehntausend Marokkaner in Waffen gegen die Franzosen und diese müssen Nachschübe erhalten, wenn sie nicht überwältigt werden sollen. Um mit dem Aufstand fertig zu werden, müssen sie das Land besetzen. Denn auch bei der französischen Diplomatie herrscht nicht die Vernunft, sondern die Überlieferung. Man glaubt, es könne dem Ansehen Frankreichs schaden, wenn man jetzt nicht die Mauren mit Waffengewalt niederwirft.

Aber hinter der Diplomatie steht als treibende Kraft die französische Kapitalistenklasse. Diese möchte in dem zu erobernden Marokko Geschäfte machen, es in den Bereich ihres Ausbeutungssystems ziehen. Sie möchte aber auch allein dort Geschäfte machen, denn sie ist genau so gierig, wie die deutsche Kapitalistenklasse, die vor einiger Zeit auch glaubte, die Zeit der Besetzung Marokkos durch Deutschland sei gekommen. Daß nebenbei auch noch so ein „kleiner" europäischer Krieg entstehen kann, das rechnet die Kapitalistenklasse allerwärts zum „Geschäftsrisiko", für das ja im wesentlichen doch die Volksmassen aufzukommen haben. Die Gewissenlosigkeit der Kapitalistenklasse ist bekanntlich in allen Ländern gleich groß.

Wenn Frankreich zu Algier und Tunis noch Marokko bekäme, so wäre sein Kolonialbesitz am Mittelmeer mehr als doppelt so groß als das Deutsche Reich. Und zwar sind das keine Länder wie die wertlosen deutschen Schutzgebiete, sondern Länder mit vielen natürlichen Reichtümern und mit alter Kultur. Eine solche Vergrößerung des französischen Besitzes an der Südküste des Mittelmeeres würde den Neid anderer Mächte und eine Reihe von Befürchtungen erregen.

Wie bei anderen Gelegenheiten, so zeigt der „radikale" Clemenceau auch hier, daß er nur die Geschäfte der Bourgeoisie besorgt. Er und seine Ministerkollegen sind nur die Kommis dieser Ausbeuterklasse. Wenn das nicht der Fall wäre, dann hätte der Ministerrat auf den Vorschlag von Jaures eingehen und das französische Parlament einberufen müssen. Das Parlament kann in einem demokratischen Staate der Regierung und der Diplomatie Zügel anlegen. Allerdings — dieselbe raubgierige Bourgeoisie, von welcher die französische Republik in dieses kriegerische Abenteuer hineingetrieben worden ist, beherrscht auch die französische Kammer. Aber die Regierung konnte dort zur Rede gestellt und das Land konnte gegen den Krieg in Bewegung gebracht werden.

So wächst die Gefahr unter den Augen Europas heran und es findet sich keine Macht, die Einhalt tun kann und will. Daneben lauten die Beschlüsse der Friedenskonferenz wie ein Hohn. Denn was wollen alle Beschlüsse und Abmachungen besagen in dieser Zeit des allgemeinen Expansionsfiebers, das immer wieder zu Zusammenstößen mit Elementen treibt, die außerhalb des Bereichs aller Abmachungen stehen! Wenn Marokkaner Fremde mißhandeln und töten; wenn im chinesischen Volke der langgehegte Haß gegen die „weißen Teufel" sich Luft macht, wenn irgendwo anmaßende Missionare erschlagen werden — alle diese Vorfälle können leicht zu Verwickelungen führen, weil die herrschenden Klassen aller Kulturländer überall gleich ihre Interessen verletzt sehen. Dieser Zustand wird erst aufhören, wenn der Militarismus von heute dem Volkswehrsystem Platz gemacht hat, das von den herrschenden Klassen nicht mehr zu Eroberungszwecken verwendet werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Dernburg drunten durch!

Eine zuweilen halboffiziöse Korrespondenz schreibt: „Wie aus einem uns zur Verfügung gestellten Briefe aus Dar es Salam hervorgeht, ist die Stimmung in den Ansiedlerkreisen für den Staatssekretär sehr schlecht. Man macht ihm den Vorwurf, auf Vorschläge bewährter Ansiedler nicht eingegangen zu sein und Ratschläge sehr drastisch sich verbeten zu haben. Man schüttelt den Kopf über die Reise des deutschen Staatssekretärs, der von der englischen Nachbarkolonie mehr wie von der deutschen gesehen haben wird. Was er schließlich von Deutsch-Ostafrika gesehen hat, ist wirtschaftlich ein unfruchtbares Land, während die hoffnungsvollen Kaffee-, Kautschuk- und Baumwollgebiete bisher gemieden worden sind. Den Marsch von Muansa nach Tabora nennt man offen in Ostafrika einen Nonsens, da er neben Anstrengungen und Durst dem Staatssekretär kaum etwas geboten hat. Bei gutem Willen hätte der Staatssekretär in der ihm gegebenen Zeit die hauptsächlichsten Punkte der Kolonie, so namentlich die Küstenstriche, besuchen können, also Usambara, das Morogorogebiet bis Tabora und einen Teil des Südens. Man ist der Meinung, daß die Expedition nach Muansa vollständig überflüssig war. Die Schuld an dem unglücklichen Arrangement gibt man dem Gouverneur Rechenberg. Es scheint, daß Dernburg in Ostafrika sich die Sympathie auch durch sein äußeres etwas schroffes Auftreten verscherzt hat. Die Nichteinladung deutscher Kaufleute zu den Festlichkeiten hat außerordentlich peinlich berührt." — Armer Dernburg!

Freisinnige Organisationsverhältnisse.

Der dem gegenwärtig in Berlin tagenden Freisinnigen Parteitage von der Parteileitung vorgelegte Geschäftsbericht beschäftigt sich auch mit der im nächsten Jahre stattfindenden preußischen Landtagswahl und mit der veränderten inneren politischen Lage seit dem 13. Dezember vorigen Jahres. Dies sei die Hauptveranlassung, daß in diesem Jahre bereits wiederum ein Parteitag berufen worden sei. Der Geschäftsbericht erörterte im weiteren das Verhalten der freisinnigen Volkspartei bei den Nachwahlen seit 1905 und bei den letzten Reichstagswahlen.

Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß die Mittel der Partei recht mager sind. Die regelmäßigen Parteibeiträge betrugen 1905: 14 240 Mk., 1906: 13 000 Mk., im ersten Halbjahr 1907: 10 600 Mk. Verausgabt wurden für Wahlzwecke 1905: 11 000 Mk., 1906: 36 000 Mk., für die letzte Reichstagswahl 160 700 Mk. Die Zahl der Provinzial- und Bezirksverbände hat sich vermehrt. Im letzten Jahre wurde auch in Oberschlesien ein neuer Bezirksverband begründet. Es heißt in dem Geschäftsbericht: 15 Provinzial- bezw. Landesverbände, 28 Bezirksverbände und 420 Einzelvereine, die sämtlich eine große Mitgliederzahl aufweisen, stehen auf dem Boden des Programms der Freisinnigen Volkspartei. Es ist außerdem eine große Zahl neuer Vereine entstanden. Auch besonderer Jugendvereine wird im Geschäftsbericht erwähnt mit dem Bemerken, „daß diese glauben, der Partei dienen zu können."

Nach diesen Angaben versteht man den Neid, mit dem gerade die Freisinnigen auf die Kassenverhältnisse der Sozialdemokratie blicken.

Zur Kohlenteurung.

Das Kohlensyndikat versucht fortgesetzt, die Preissteigerung auf die Steigerung der Bergarbeiterlöhne und die Verringerung der Bergarbeiter zurückzuführen. Wir haben bereits eine Darlegung des Reichstagsabgeordneten Behrens wiedergegeben, der nachweist, daß die Behauptungen der Kohlenwucherer eitel Schwindel sind. Das beweist auch die amtliche Statistik in der Denkschrift über das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Danach ist der Profit der Syndikatszechen pro Kopf der beschäftigten Arbeiter und pro Tonne Förderung stetig rapide gestiegen. Für die Gesamtheit der Syndikatszechen wurde an Überschuß erzielt:

	pro Tonne Förderung Mk.	pro Arbeiter Mk.
1894	1,755	482
1897	2,801	797
1900	3,951	1033
1903	4,097	1079
1905	4,308	1110

Man darf annehmen, daß die Steigerung auch in den letzten beiden Jahren fortgeschritten ist, denn das Syndikat hat die an die einzelnen Zechen zu zahlenden Preise in diesen Jahren wieder um 5—10 Prozent gesteigert, seit 1893—94 um 22—51 Prozent, je nach Qualität. Da ist es wirklich eine Unverschämtheit ohnegleichen, die Bergarbeiter als Sündenböcke für den Kohlenwucher vorschieben zu wollen.

Die Arbeiterfeindlichkeit des Freisinns

nimmt in dem Grade zu, als die Arbeiter aus seinen Reihen fliehen — übrigens eine ganz natürliche Entwickelung, die wir nur gelegentlich durch eine symptomatische Erscheinung kennzeichnen. So veröffentlicht die „Freie Deutsche Presse" nachfolgenden „Gerichtsbericht":

> Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie. Der Maurer Flören, Mitglied des sozialdemokratischen Maurerverbandes, hatte sich gelegentlich eines Ausstandes in einer Düsseldorfer Fabrik einem arbeitswilligen Berufsgenossen gegenüber geäußert: „Wenn Du arbeitest, dann schlagen wir Dir die Knochen entzwei!" Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung wurde der brave Genosse von der Düsseldorfer Strafkammer zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Die zitierte unschöne Redensart wird in ihrem zweiten Teil in Deutschland jeden Tag hundertmal ausgestoßen, selbst bei freisinnigen Parteigenossen in der Berliner Börse soll das vorkommen, ohne daß einem einzigen der so Drohenden ein Haar gekrümmt wird. Oder hat die Nachfolgerin der „Freisinnigen Zeitung" schon einmal davon gehört, daß ein preußischer Unteroffizier eine Woche Gefängnis erhält, wenn er dem Rekruten mit „Knochen entzwei schlagen" droht? Nur einem Streikbrecher gegenüber wird der Ausdruck zu einem Verbrechen, das den Familienvater ins Gefängnis führt. Für dieses Ausnahmegesetz, dessen Stachel auch schon zahllose Hirsch-Dunckersche Arbeiter verletzt, begeistert sich das freisinnige Hauptorgan.

Eine Galgenfrist.

Nun kann der nationale Block erleichtert aufatmen, wenn es wahr ist, was die Blockpresse mitteilt, daß der preußische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben dem Vertreter eines bedeutenden Industriezweiges erklärt haben soll, daß vor 1910 keine neuen Steuergesetzentwürfe zu erwarten seien. „Mit der Hoffnung, der vielgehaßte Block werde demnächst an neuen Steuerplänen scheitern, ist es also nichts."

Daraus spricht nur die Furcht der Blockleute, daß das Paarungsmonstrum an den Steuerplänen scheitern könnte. Die ganze Kläglichkeit der Blockpolitik wird dadurch offenbar, daß die Männer der Furcht einen Aufschub von zwei Jahren als Rettung aus tiefster Not begrüßen. Die Zentrumspresse bezweifelt mit gutem Grund, ob ihnen die ersehnte Gelegenheit bis 1910 gewährt werden kann.

Eine unglaubliche Meldung.

Londoner Zeitungen erzählen: Zwei Polizisten in Prieska in der Kapkolonie wurden verhaftet unter der Beschuldigung, Schwarze der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika widerrechtlich ausgeliefert zu haben. Angeblich haben sie zwei Hottentotten aus Deutsch-Südwestafrika, die sich in der Kapkolonie aufhielten, den Deut-

schen gegen Bezahlung übergeben. Die Deutschen hätten erst für die beiden Hottentotten ein größeres Lösegeld bezahlt und sie dann ohne Prozeß erschießen lassen.

Der Parteitag der Sozialdemokratie

trat am gestrigen Sonntag in Essen zusammen. Das Parteitagslokal ist festlich geschmückt. Um 7 Uhr wurde der Parteitag mit Musik- und Gesangsvorträgen eröffnet. Genosse Gewehr-Elberfeld begrüßte die zahlreich erschienenen Delegierten. Genosse Singer dankte hierauf im Namen des Parteivorstandes und erklärte den Parteitag für eröffnet. Zu Vorsitzenden wurden Singer-Berlin und Goesch-Essen, zu Schriftführern Grünwaldt-Berlin, Blume-Hamburg, Donatis-Krenzberg, Stühmeyer-Dortmund, Seemann-Stuttgart, Kleefot-Ludwigshafen, Zielowski-Frankfurt, Zetkin-Stuttgart und Riem-Dresden gewählt. Der Parteitag tagt von 9—1 und 3 bis 7 Uhr. Der Antrag, zur Alkoholfrage einen Korreferenten zu bestellen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag, die Tagesordnung um den Punkt „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten“ zu vermehren. Die provisorische Tagesordnung wurde sodann genehmigt. Um 9 Uhr abends wurde die Sitzung auf Montag früh vertagt. — Am Nachmittag hatten Bebel und Singer in der geräumigen Festhalle vor vielen Tausenden unter jubelndem Beifall gesprochen.

668,853 aktive Militärpersonen

sind bei der letzten Volkszählung — im Jahre 1905 — im Deutschen Reiche gezählt worden. Über eine halbe Million Menschen sind also dauernd der Produktion entzogen, und zwar meist gerade in der Zeit ihrer größten körperlichen Rüstigkeit, und wohl auch in den meisten Fällen wider ihren Wunsch. Dafür müssen Tausende von altersschwachen Greisen bis zum letzten ihrer Tage noch schwer arbeiten, um ihr Leben fristen zu können. Wie ganz anders könnte es um die Alten aus dem Volke, um die Arbeitszeit der Rüstigen, um die Produktionsgüter Aller aussehen, wenn an Stelle dieser sinnlosen Vergeudung von Arbeitskraft eine gesellschaftlich geregelte Arbeitsleistung träte?

Macht und Recht in der Politik.

Der General des Reichslügenverbandes hat sich wieder einmal geoffenbart, worauf folgte, daß sein Name heute überall in der Presse genannt wird. Nach dem Bericht eines reaktionären Blattes hat Generalleutnant v. Liebert auf dem Alldeutschen Verbandstag in Wiesbaden zur Begründung energischer Maßregeln in der Polenpolitik erklärt: „In der Politik müsse Macht vor Recht gehen“. Ob dieses Bekenntnisses sind die bürgerlichen Blätter, besonders die des Blocks, aus dem Häuschen geraten. „Freisinnige Zeitung“, „Nationalzeitung“, „Post“, „Kreuzzeitung“, alle fallen sie über Liebert her, der einen Standpunkt eingenommen habe, mit dem man keine Agitation treiben könne. Die „Frankf. Zeitung“ verlangt, daß Herr v. Liebert von dem Reichskanzler neuerdings gerüffelt werde.

Die bürgerliche Presse soll sich ihre Entrüstung sparen, denn niemand hält sie für echt, soweit die Sache in Betracht kommt. Echt ist die Entrüstung nur insoweit, als Liebert das offen ausgesprochen hat, was seine gesamten Blockfreunde, ganz besonders aber seine engeren Freunde, die Konservativen, denken und wonach sie auch handeln. Macht geht vor Recht — wann hätten je die „Stützen des Klassenstaates“ eine andere Politik befolgt!

Immerhin ist es gut, daß diejenigen, welche das bisher nicht wußten, durch das offene Bekenntnis des Generals v. Liebert eines anderen belehrt worden sind.

Alldeutscher Reichsschulpolitik-Blödsinn.

Die „Zeitschrift für Reform der höheren Schule“ bringt einen Artikel von Dr. Graevell-Heidelberg, der sich mit „Reichsschulpolitik“ befaßt. Der Verfasser meint, die „höhere“ Jugend werde nicht genügend in „nationalem“ Sinne erzogen. Er fordert, daß dieser Jugend der germanische Rassegedanke eingeimpft werden soll; da soll über das deutsche Schulwesen ein Reichsamt für Bildungswesen wachen mit einem Reichsunterrichtsverweser an der Spitze und einem Reichsschulrat zur Seite. Und weiter fordert dieser Reichsreformator:

„Für die höheren Schulen soll eine gemeinsame schöne Tracht eingeführt werden (etwa blau mit Gold, Kniehosen, weiße Strümpfe und Halbstiefel). Für die Lehrer soll ebenfalls eine Tracht eingeführt werden (etwa braun mit Gold). Alles, was dazu dient, die Gemeinsamkeit zu fördern und das Standesbewußtsein zu heben, ist gut. Die Offiziere sollen nicht allein den persönlichen Vorteil haben, den das Tragen einer schönen Uniform gibt, die Lehrer sollen ihn auch genießen können. Je geachteter und beliebter der Lehrerstand ist, desto leistungsfähiger und arbeitsfreudiger ist er. Der Reichsschulrat soll auch das Recht haben, Bestimmungen über Erziehung aufzustellen. Die Ausarbeitung eines deutschen Erziehungsgesetzes wäre wünschenswert. So soll es zum Beispiel den Adligen verboten werden, ihre Kinder durch frühzeitiges Erlernen des Französischen zu entgermanisieren. Das Französische hat für uns keinen erzieherischen Wert, es soll nur deshalb auf den Schulen gelehrt werden, weil es im nächsten Entscheidungskriege mit Frankreich unseren Soldaten von Nutzen sein kann.“

Schließlich wird für die großdeutsche Schulwelt ein „gemeinsames Heiligtum“ empfohlen, und zwar sollen auf dem Niederwald hinter dem Nationaldenkmal große Wettspiele stattfinden wie bei den Griechen. Die Bilder und Namen der Sieger sollen dort aufgehängt, ihre Kränze in der betreffenden Schule in der Aula aufgehängt werden. Eine schöne Festhalle soll die Kameraden vereinigen können. Ein Gasthof soll Gelegenheit geben, die Sommerfrische zu genießen. „Ein Standbild von Jung-Siegfried soll allen Schülern verkünden, daß der Held von Niederland auf heute noch im Geiste bei uns weilt als Vertreter der reinen Rasse, der die Vergangenheit gehört hat, und der auch hoffentlich noch die nächste Zukunft gehören wird, wenn die deutsche Jugend ihre Pflicht tut.“

Dieser Reichsschulpolitik-Wahnsinn kann nur humoristisch gewürdigt werden.

Das neue Vereinsgesetz.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Wie aus bester Quelle verlautet, wird der Entwurf eines neuen Vereinsgesetzes dem Reichstage alsbald bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden. Es soll den Frauen unbeschränkter Zutritt zu Vereinen und Versammlungen eingeräumt werden. Ferner soll die Vorschrift der Vorlegung der Mitgliederverzeichnisse und vermutlich auch die Beschränkung der Vereinszugehörigkeit und des Zutrittes zu einer Versammlung durch eine Altersgrenze in Wegfall kommen. Selbstverständlich ist anzunehmen, daß in dem Reichsvereinsgesetz auch ein Präventivverbot für Versammlungen keinen Raum findet.

Warten wir ab, welche Pferdefüße der Entwurf in sich birgt. Denn daß es ohne solche nicht abgeht, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Rußland.

Anklage gegen den Fürsten Trubetzkoi. Aus Petersburg wird gemeldet: Das Moskauer Zensurkomitee erhob Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Versuches, die bestehende Staatsordnung umzustürzen, gegen den Herausgeber des „Moskowski Eshenedjeljnik“, Fürsten Trubetzkoi. Trubetzkoi ist Führer der auf dem Boden des Oktobermanifestes stehenden Partei der friedlichen Erneuerung, ein äußerst gemäßigter Politiker. — Nach einem Moskauer Telegramm hat sich die Partei der friedlichen Erneuerung (sogen. Oktobristen), deren Führer Fürst Trubetzkoi war, wegen Mangels an Mitgliedern aufgelöst.

Frankreich.

Klassenjustiz. Sieben Antimilitaristen wurden zu 15 Monaten bis zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie Soldaten durch Mauer-Anschläge zum Aufruhr verleitet hatten.

Marokko.

Casablanca. Gegenwärtig sind alle Mahallas zerstreut worden, außer der der Zenata und Medakra. Der Wunsch der Stämme, Frieden zu erbitten, scheint ernst gemeint zu sein. Wenn die Abgesandten nicht bis zum Sonnabend Mittag eingetroffen sind, ist die Kasbah Fedala, die Residenz des Scheich der Zenata, bombardiert und die kriegerischen Operationen energisch wieder aufgenommen worden.

Eine überraschende Meldung kommt aus Ujida, wo angeblich von dem Korpschef Servieres und dem Divisionsgeneral Liautey, die beide dort eingetroffen sind, der Vormarsch in der Richtung auf Tazza geplant sei; vielleicht handelt es sich um die Errichtung von Blockhäusern zur Sicherung der in Aussicht genommenen Bahnlinie der Grenze nach Tazza.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 16. September.

Als ein arger Übelstand muß es bezeichnet werden, daß die Drucksachen der Lübecker Bürgerschaft den Redaktionen recht häufig erst kurz vor der Versammlung der Bürgerschaft zugehen. So erhielten wir die diesbezüglichen Vorlagen für die heutige Bürgerschaftssitzung erst am Sonnabend nachmittag resp. gestern morgen. Daß unter solchen Umständen ein eingehendes Studium der Sachen für den Berichterstatter unmöglich ist, versteht sich. Wir möchten auf diesem Wege an den Wortführer der Bürgerschaft das gewiß berechtigte Ersuchen stellen, zu veranlassen, daß die Drucksachen den Redaktionen mindestens drei Tage vor dem Stattfinden der Bürgerschaftsversammlung zugehen.

Schuljugend und Kinematographen. Über dieses Thema hat sich in der letzten Versammlung des Berliner Lehrervereins der Lehrer Drange eingehend verbreitet. Wir möchten bei der Wichtigkeit der Frage die sachlichen Darlegungen des Referenten wiedergeben. Der Vortragende gab zunächst ein Bild der raschen Entwickelung des Kinematographen-Gewerbes und der in Frage kommenden Industrien. Die jährliche Filmproduktion beträgt 40 Millionen Frank; eine Pariser Firma dieser Branche produziert täglich 65 Kilometer kinematographischer Films. Der Vortragende verbreitete sich dann über Theaterräume, Publikum und Darstellungen. Zahlenmäßig wurde nachgewiesen, daß der Besuch dieser Theater durch die Schuljugend ein bedauerlich starker ist; zahlreiche Kinder sind bis 11 Uhr anwesend. Die meist [illegible] Atmosphäre ist nun aber durchaus geeignet, Kinder gesundheitlich zu schädigen; auch drohen der Jugend, wie die Praxis gezeigt hat, im Kinemathographen-Theater sittliche Gefahren. Leider sind die gesonderten Kinder-Vorstellungen fast ganz von der Bildfläche verschwunden; es ist anscheinend lukrativer, die Jugend als Füllmaterial für den Abend mitzubekommen. An der Hand seiner, durch Beobachtung zahlreicher Theater, sowie durch Studium der einschlägigen Literatur gewonnenen Erfahrung konnte der Vortragende zeigen, daß der Inhalt der meisten Darstellungen in Räuberromanen, Blut- und Greueltaten und allerlei Sensationen besteht. Die Verknüpfung der dargestellten Vorgänge bildet oft geradezu einen Hohn auf Logik und Vernunft. Darum charakterisiert sich der Schwerpunkt der Frage als eine Schädigung des Denkvermögens durch Trübung des Wirklichkeitssinnes. Die Folgen zeigen sich bei den Kindern in Träumereien und Zerstreutheit im Unterricht. Vom Standpunkt der Gesellschaftswissenschaften betrachtet, stellt sich die Frage als wirtschaftliche und Bildungsfrage dar. Da der Theaterbesitzer naturgemäß vom Geschmack seines Publikums abhängig ist, so bedeutet die Massenerziehung dieser Geschäfte ein gut Stück Bildungs[illegible] mit recht traurigem Resultat, das bei dem Stande der gegenwärtigen Volksschulen freilich begreiflich erscheint. Die Behörden rufen nun Schule und Lehrer gegen das Kinematographen-Theater auf den Plan; doch dürfte es damit nicht getan sein. Jedenfalls hat der Kampf der Schule gegen Lektüre vom Werte der Indianerschmöker bisher blutwenig Erfolg zu verzeichnen und darum empfiehlt es sich, Kindern den Besuch der allgemeinen Abendvorstellungen polizeilich zu verbieten. Es wird das denselben Erfolg haben, den man beispielsweise von einer ähnlichen Maßregel auf dem Gebiete der gewerblichen Kinderarbeit erwartet. [illegible] ist der Frage wirklich nur durch Schaffung sozialer Verhältnisse zu lösen, sodaß auch dem Publikum der Kinos der öftere Besuch unserer Theater eine wirtschaftliche Möglichkeit wird, sowie durch eine Erhöhung der Volksbildung, die auch die breitesten Volksschichten befähigen könnte, zu entscheiden, was wert ist, geistig genossen zu werden. Die einwandfreien Darstellungen aus den Gebieten der Länder- und Völkerkunde, aus Handel, Industrie, Natur und Märchenwelt beweisen, daß der Kinematograph berufen ist, auf dem Gebiete der Bildung geradezu Hervorragendes zu leisten. Es wird an den Filmfabrikanten und Theaterbesitzern sein, einwandfreie Kindervorstellungen zu veranstalten und so den „Schädigungen ihres Gewerbes“ zu begegnen. Die Prospekte der Filmfirmen zeigen, daß das schon heute ganz gut möglich ist.

Wie gebaut wird. Am 30. Novbr. v. J. stürzten infolge heftigen Sturmes zwei Umfassungswände beim Neubau der Asmus'schen Ölmühle in Siems ein. Die Wände waren 9 Meter hoch. Eine eingeleitete Untersuchung veranlaßte die Staatsanwaltschaft, gegen den Bauleiter Wo. aus Stettin und den Bauausführer Maurermeister Bl. aus Lübeck Anklage zu erheben, die Sonnabend vor der Strafkammer verhandelt wurde. Die Angeklagten sollen gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dadurch verstoßen haben, daß sie die hohen Umfassungswände herstellen ließen, ohne gleichzeitig im Innern die erforderlichen Absteifungen vorzunehmen. Mehrere Sachverständige wurden vernommen. Einer derselben, Baurat Bürstenbinder aus Hamburg, meinte, er würde keine Nacht ruhig geschlafen haben, wenn er eine solche Wand zu verantworten gehabt hätte. Nach seiner Meinung hätte auch schon ein bedeutend schwächerer Wind die Wände zum Einstürzen bringen können. Der Sachverständige Maurermeister Stender von hier trat dieser Auffassung entgegen und betonte, daß nach seiner Meinung seitens der Angeklagten ganz richtig gebaut worden sei. Er würde es ebenso gemacht haben; im übrigen sei eine derartige Bauweise hier Usus. Der Staatsanwalt beantragte je 300 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf je 150 Mk. Geldstrafe. Mildernd kam in Betracht, daß hier allgemein so gebaut werde. — Durch dieses Urteil ist also gerichtsseitig bestätigt worden, daß in Lübeck teilweise in recht fahrlässiger Weise gebaut wird. So manche Erscheinungen der letzten Jahre auf dem Gebiete des Bauwesens sprechen gleichfalls für diese Auffassung. Da ist es nunmehr an der Zeit, daß seitens der maßgebenden Instanz, d. h. der Baupolizei, mit aller Schärfe gegen diese Bauweise, die nach der Aussage des Herrn Stender hier gang und gäbe ist, Front gemacht wird. Das ist die Baupolizei nicht nur dem guten Ruf Lübecks, sondern den baugewerblichen Arbeitern schuldig. Diese sind es, die Leben und Gesundheit bei einer solchen fahrlässigen Bauweise aufs Spiel setzen müssen.

Aus dem Gerichtssaale. Ein alter Kunde beim Gericht ist der Arbeiter Spendler aus Krummesse, der sich gestern wiederum vor der Ferienstrafkammer wegen Sittenverbrechen zu verantworten hatte. Er wurde nach einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Nach unserer Meinung gehört Spendler, der krankhaft veranlagt ist, nicht ins Gefängnis, sondern in eine Heilanstalt. Wegen gefährlicher Körperverletzung war der Vorarbeiter Fey vom Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte ohne Ursache einen Brauereibesitzer mit einem dicken Knüttel über Kopf und Arm geschlagen. Die Strafe erschien ihm zu hoch, weshalb er Berufung einlegte. Im Termin behauptete er, sinnlos betrunken gewesen zu sein. Diese Behauptung wurde jedoch durch Zeugen widerlegt. Die Berufung wurde verworfen.

Handelsregister. Am 14. September 1907 ist eingetragen: 1. bei der Firma H. A. Hill in Lübeck: Die Firma lautet fortan H. A. Hill Nachf. Walter Schmidt. Inhaber: Kaufmann W. C. M. Schmidt in Lübeck. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Erwerber ist ausgeschlossen; 2. die offene Handelsgesellschaft in Firma Ernst Oberdörffer u. Co. in Lübeck; Persönlich haftende Gesellschafter sind: a) der Kaufmann E. Oberdörffer in Hamburg, b) der Kaufmann O. F. H. Richter in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. September 1907 begonnen; 3. die offene Handelsgesellschaft in Firma Carstens u. Grimm in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind: a) der Kaufmann H. Th. W. Carstens, b) der Kaufmann C. G. F. Grimm, beide in Lübeck. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. September 1907 begonnen; 4. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Stüve, Ellinghaus u. Hoffhus in Lübeck: Der Kaufmann G. H. Stüve ist durch den Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden; 5. bei der Firma Carl Friedrich Lange in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Güterrechtsregister. Am 14. September 1907 ist eingetragen: 1. bezüglich der Ehe des Schlachtermeisters F. W. H. Luetgens und seiner Ehefrau M. K. F. geb. Mustin in Lübeck: Die Eheleute haben durch Ehevertrag vom 28. August 1907 Gütertrennung vereinbart. 2. bezüglich der Ehe des artistischen Direktors A. F. Hemberger und seiner Ehefrau H. Ch. S. E. geb. Rittscher in Lübeck: Die Eheleute haben durch Ehevertrag vom 7. September 1907 die Verwaltung und Nutznießung des Mannes an dem Vermögen der Frau ausgeschlossen.

Der Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend ließ — wie man uns schreibt — in diesen Tagen 20 000 Flugblätter verbreiten. In demselben wird die Handlungsweise der Fabrikanten einzelner Genuß- und Gebrauchsartikel scharf kritisiert; dieselben haben durch sogenannte Ringbildung die Konkurrenz ausgeschaltet und schreiben nun ihren Abnehmern, den Händlern, vor, welchen Preis das Publikum zahlen soll. Die Händler als solche sind mit Freuden darauf eingegangen, weil sie hierdurch auch einen höheren Verdienst haben. Nur die Konsum-Vereine Deutschlands, vertreten durch die Großeinkaufs-Gesellschaft in Hamburg, weigern sich, an den Raubzug auf die Taschen des werktätigen Volkes teilzunehmen. Sie schützen ihre Mitglieder vor solcher Art Ausbeutung, indem sie einfach diese Artikel nicht mehr führen. Wie skrupellos die Unternehmer-Ringe resp. Syndikate handeln, beweisen am besten die enormen Preise für Kohlen und Koks, die vom Kohlensyndikat auf eine fast unerschwingliche Höhe geschraubt worden sind und noch höher geschraubt werden sollen. Auch hierin schützt der Konsum-Verein seine Mitglieder, indem derselbe durch Massenbestellung billigere Preise erzielt hat. Wer sich also vor solchen Ausbeutungen schützen will, der trete sobald wie möglich in den Konsum-Verein. Anmeldungen werden in jeder Verkaufsstelle während der Geschäftsstunden entgegengenommen.

Aus dem Fenster gestürzt ist gestern aus dem Hause Ecke Schützen- und Meierstraße ein etwa 4jähriges Kind. Dasselbe soll schwere Verletzungen davongetragen haben.

Ein Verein der Geschäftsinhaber der Vorstadt St. Lorenz wurde am 10. September ins Leben gerufen. Bis jetzt gehören demselben 60 Firmen an. Zweck des Vereins ist die Aufklärung des Publikums über die Leistungsfähigkeit der vorstädtischen Geschäfte.

Das hiesige Stadttheaterpersonal wird im kommenden Winter in Neumünster 2mal wöchentlich spielen. Schau- und Lustspiel, sowie Oper und Operette sollen gepflegt werden. Direktor Piorkowski erhält von der Stadt Neumünster eine Subvention.

Vom Hafen. Im verflossenen Monat sind im hiesigen Hafen seewärts 184 Dampfer und 75 Segler angekommen. 51 Dampfer und 25 Segler hatten in der Hauptsache Holzladung. Durch den Elbe-Trave-Kanal kamen hier an 157 Fahrzeuge, während 145 abgingen. Der Flußschiffsverkehr auf der Untertrave belief sich auf 315 angekommene und 312 abgegangene Schiffe.

Recht lebhaft gestaltet sich jetzt die Kronsbeeren-Einfuhr. Sonnabend kamen 1600 Kisten hier an. In der vorigen Woche sind insgesamt über 3200 Kisten Kronsbeeren von Schweden hier gelöscht.

Den Offenbarungseid leisteten im August 13 Personen, darunter 4 Frauen. Auch ein Zeichen der Zeit.

pb. **Polizeilicher Schutz in Kücknitz.** Wie wir erfahren, wird demnächst wieder ein Schutzmann ständig in Kücknitz stationiert werden, welcher die seither von dem Bezirksschullehrer daselbst bewohnte Wohnung beziehen wird. Die bis vor einiger Zeit von dem in Kücknitz stationierten Schutzmann bewohnte Wohnung mußte für Schulzwecke geräumt werden, da eine Wohnung zunächst nicht zu haben war, mußte der polizeiliche Aufsichtsdienst durch einen berittenen Schutzmann von Lübeck aus wahrgenommen werden.

Schlutup. Öffentliche Metallarbeiterversammlung. Am Sonntag nachmittag fand im Gasthof „Zur Linde" eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. „Welche Organisation vertritt die Interessen der Metallarbeiter am wirksamsten?", so lautete das Thema, über welches der Bevollmächtigte der Lübecker Verwaltungsstelle, Genosse Sommerfeld, referierte. An der Hand von Material konnte der Referent nachweisen, daß es nur die freien Gewerkschaften sind und an erster Stelle für die Metallarbeiter der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der die Interessen seiner Mitglieder wirksam vertritt. Der Vortrag wurde mit Beifall von den Anwesenden aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Redner. Genosse Radden geißelte gleichfalls in scharfen Worten das Treiben der sogenannten „unabhängigen Gewerschaftler" Hirsch-Dunckerscher und christlicher Kouleur am Orte. Nachdem sich 4 Kollegen zum Eintritt in den deutschen Metallarbeiterverband gemeldet hatten, kam man man zum 2. Punkt der Tagesordnung: Errichtung eines Zahlabends für Schlutup und Umgebung. Derselbe findet jeden Sonnabend abend von 8—9 Uhr bei der Witwe Carlßon-Schlutup, Gasthof „Zur Linde", bis auf weiteres statt. — Die Maurer von Schlutup und Umgegend hielten am Sonnabend abend im gleichen Lokale eine gutbesuchte Versammlung ab. Genosse Stelling-Lübeck sprach über das Thema: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit". Genosse Beckmann-Lübeck ergänzte unter Hinweis auf die Vorkommnisse in Kiel die Ausführungen des Redners.

Stockelsdorf. Einen schönen Verlauf nahm das gestrige Fest des hiesigen Arbeiterturnvereins, an dem sich auch unsere Lübecker Arbeiterturner in hervorragendem Maße beteiligten. Um 4 Uhr setzte sich der imposante Festzug unter Musikbegleitung vom Paetau'schen Lokal in Bewegung, um nach dem Marktplatz zu marschieren, wo ein Schauturnen veranstaltet wurde, das sehr guten Anklang fand. In kernigen Worten wies Genosse Stelling hier auf die Bedeutung des Turnens für die Arbeiter und auf das schmachvolle Vorgehen der Delegierten der deutschen Turnerschaft in Worms hin. Sodann erfolgte der Rückmarsch nach dem Festlokale, wo ein Ball die Teilnehmer noch lange in fröhlicher Stimmung beisammenhielt.

-r. Schwartau. Wie bürgerliche Zeitungsunternehmungen dem Publikum Sand in die Augen streuen, kann man am Orte an dem in letzter Zeit ins Leben gerufene „Zentralanzeiger" studieren. Die ersten Nummern dieses Blattes waren voll von allerhand Inseraten hiesiger Geschäftsleute. Und auch noch in letzter Zeit befinden sich einige Inserate in dem betreffenden Blatte. Bei einem Inserat war der Name verkehrt gedruckt, in der letzten Nummer vom Donnerstag ist nun das Inserat richtig gestellt und das alles kostenlos. Darum, ihr Geschäftsleute von nah und fern, wollt ihr billig inserieren, dann wendet euch gefälligst an den Redakteur des „Schwartauer Zentralanzeigers"! Dort wird alles umsonst gemacht und billiger kann man es doch wohl nirgends haben. Auch die Arbeiter inserieren anscheinend schon in dem Dorfblatte, bedankten sich doch die auf dem Bau der Apotheke beschäftigten Arbeiter für das schöne Richtfest. Auch dieses Inserat ist ohne jede Bezahlung in dem Blatte erschienen. Wir würden von diesem Verfahren keine Notiz nehmen, wenn nicht das ganze Vorgehen dieses von Anfang an den Konkurs an der Stirn tragenden Unternehmens darauf berechnet wäre, das Publikum auf diese Weise irre zu führen.

Papenburg. Unglücksfall. In dem nahen Neundorf fand man in einem kleinen Graben die Leiche des sehr begüterten Grundbesitzers Herm. Heiken. Wie H. zu Tode gekommen ist, hat man noch nicht aufgeklärt.

Hamburg. Ein Staatsanwalt in Nöten. Vor der Strafkammer I des Landgerichts Hamburg spielte sich am Donnerstagnachmittag eine turbulente Szene ab, die für den Staatsanwalt Dr. Hoffmann beinahe einen unliebsamen Ausgang genommen hätte. Der wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall angeklagte Schuhmacher Wittkopf, der auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist, zeigte sich während der ganzen Verhandlung sehr unruhig, indem er wiederholt den Vorsitzenden haranguierte, sich über seine vor der Verhandlung erfolgte Fesselung und Internierung im „Bor" (Zelle im Vorzimmer) beschwerte und den Vorsitzenden dafür verantwortlich machte. Als der Staatsanwalt seinen auf zehn Jahre Zuchthaus lautenden Antrag begründete und nach kurzer Pause auch Polizeiaufsicht beantragte, schrie der Angeklagte: „Was soll das heißen? Das kannst Du Dir schenken! Das ist eine Gemeinheit!" Er ergriff einen neben der Anklagebank stehenden schweren Stuhl aus Eichenholz und warf ihn mit großer Wucht nach dem Staatsanwalt, der auch getroffen worden wäre, wenn nicht ein Gaskandelaber ihn aufgehalten hätte. Dieser ging in Trümmer, während der Staatsanwalt heil blieb. Erst nach langem Kampfe wurde der Rasende durch Zeugen und Polizisten überwältigt. Um einer abermaligen Szene vorzubeugen, wurde der Angeklagte abgeführt. Das in seiner Abwesenheit gefällte Urteil lautete auf sieben Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Hamburg. Der D-Zug Nr. 93 Köln—Hamburg in Gefahr. Der Sonnabend um 5 Uhr 11 Minuten nachmittags hier fällige D-Zug Nr. 93 Köln—Hamburg befand sich, so schreibt das „Fremdenblatt", in großer Gefahr. Unweit Bremens, zwischen Dreyhe und Hemelingen, direkt nach Passieren der Weserbrücke, erlitt die Lokomotive infolge Heißlaufens einen Radbruch. Das zweite Rad auf der linken Seite der Lokomotive war durchgebrannt und wurde während der Fahrt zur Seite geschleudert. Nur dem Umstande, daß auf der Strecke an dem Oberbau Ausbesserungsarbeiten vorgenommen wurden und daher die zu passierenden Züge ein langsames Tempo einschlagen mußten, ist es zu verdanken, daß ein Unglück vermieden ist. Wäre der Zug in voller Fahrt begriffen gewesen (ca. 90 Kilometer in der Stunde), hätte sich wahrscheinlich eine Entgleisung ereignet, die in ihren Folgen nicht absehbar gewesen wäre. Bei der zufällig bedeutend reduzierten Fahrgeschwindigkeit konnte der Zug indessen sofort zum Stehen gebracht werden und die vierachsige Maschine hielt sich mit den unversehrten Rädern bis zum vollständigen Stillstande noch auf den Schienen. Der Passagiere bemächtigte sich erklärlicherweise ein großer Schrecken, bei dem es aber blieb. Die Lokomotive wurde auf ein Nebengeleise gebracht und der Zug durch die Lokomotive eines zufällig auf der Strecke haltenden Güterzuges bis Bremen gefahren, wo eine Schnellzuglokomotive bereit stand. Der Vorfall trug dem D-Zug eine Verspätung von 45 Minuten ein. — **Mord- und Selbstmordversuch.** In der dritten Etage des Hauses Niedernstraße 37 wohnt der Getreidearbeiter P. Fisch mit seiner aus Celle gebürtigen Frau, einer geborenen Albrecht. Sonnabend morgen gerieten die Leute miteinander in Streit, in dessen Verlauf die Frau mißhandelt wurde. Als der Arbeiter fortgegangen war, faßte die Frau den Entschluß, sich und ihre vier Mädchen im Alter von 1½, 2½, 4 und 7 Jahren zu töten. Sie badete die Kinder, zog ihnen die Sonntagskleider an und ging fort und holte von einem nahen Weinhändler eine Flasche Portwein und eine Flasche Malaga. Anderthalb Flaschen Wein trank sie mit den vier Mädchen aus. Als die Kleinen total betrunken und eingeschlafen waren, legte sie zwei Kinder in eine Hängematte und zwei auf den Fußboden. Dann heizte sie im großen Kachelofen ein, schüttete ihn voll Kohlen und schloß die Ofenklappe. Da ihr der Tod nicht schnell genug kam, öffnete sie noch die Ofentür. Dann legte auch sie sich nieder. Als sie aber sah, daß die Kinder so schrecklich mit dem Tode kämpften, öffnete sie die Tür und holte eine Nachbarin herbei. Diese benachrichtigte Schutzleute. Bald war der Kriminalrevier-vorsteher Oberwachtmeister Stelling und die Wachtmeister Moser und Bock auf dem Tatorte. Schleunigst wurde zum Arzte geschickt, aber es war keiner zu finden, alle waren abwesend. Jetzt rief man die Sanitätskolonne herbei und sie brachte die vier Kinder nach dem Hafenkrankenhause. Der Zustand des ältesten Kindes ist sehr bedenklich, dagegen ist bei den anderen drei bestimmte Hoffnung auf schnelle Gesundung vorhanden. Die Frau sagte aus, daß sie wollte, daß ihr Mann, wenn er abends nach Hause käme, alle fünf tot vorfände.

Hamburg. Die Fensterputzer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Wild-West in Hamburg. In nicht gelinde Aufregung wurden am 13. September, morgens 7 Uhr, die Einwohner und Passanten am Hammerdeich durch die frivole Tat eines Arbeitswilligen namens Nolting versetzt. Wie bekannt, befinden sich sämtliche Arbeiter der Firma F. H. Schule, Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik, Hammerdeich, Tischler, Schlosser, Dreher und Hilfsarbeiter, seit 5 Wochen im Streik. Hatten die Streikposten bisher schon genügend Drangsal durch die Polizei bei Ausübung ihrer Tätigkeit zu ertragen, so wurde ihre Geduld und Selbstbeherrschung am Freitag morgen auf die allerschärfste Probe gestellt. Der oben genannte Nolting rempelte scharfen Schrittes zwei eben abgelöste Posten an. Der eine Angerempelte verbat sich derartige Flegeleien, worauf der Arbeitswillige einen Revolver zog und einen Schuß auf den betreffenden Arbeiter abgab. Glücklicherweise verfehlte die Kugel ihr Ziel, flog aber einem völlig unbeteiligten Passanten, namens Stegemann, wohnhaft Hammerdeich, dicht am Kopfe vorbei. Der nun entstehende Auflauf rief mehrere dort postierte Schutzleute herbei und die amerikanische Szene endete, wie üblich, mit der Verhaftung der beiden Streikenden. Stolz und unbehelligt zog der Arbeitswillige mit seinem Revolver von dannen. Die Streikenden sind neugierig, ob die Polizei diesem Menschen das Handwerk legen wird, oder ob derselbe die Anrempelei und Schießerei auch fernerhin fortsetzen darf.

Blankenese. Eine Bluttat. Sonnabend bald nach Mitternacht, als der Nachtwächter Janßen auf seinem Patrouillengange Bauers Treppe passierte und sich in unmittelbarer Nähe der Villa des Dichters von „Jörn Uhl", Gustav Frenssen, befand, wurde er von einem Manne, der dort in verdächtiger Weise umherschlich, und jedenfalls in die Villen einzubrechen beabsichtigte, durch zwei Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt. Die durch die Schüsse alarmierten Bewohner fanden den Beamten in seinem Blute schwimmend am Boden liegen. Noch in der Nacht wurden die Polizeibehörden von Altona, Hamburg und den übrigen umliegenden Ortschaften, sowie die Bahnhofsvorsteher der Vorortsbahnen von dem Mordanfall benachrichtigt. Der Täter, der als ein etwa 25jähriger, schäbig gekleideter Mensch geschildert wird, ist bisher noch nicht abgefaßt worden.

Rostock. Von einem Kinderraub wird aus Warnemünde berichtet. Die als Badegast dort weilende Fabrikbesitzerfrau Johannsen aus Leipzig hat sich nach Leipzig begeben, um einen Prozeß gegen ihren Ehemann anzustrengen. Während ihrer Abwesenheit erschien in ihrer Wohnung am Georginenplatz in Warnemünde ein Herr, der dem Kindermädchen vorschwindelte, daß es von seiner Dienstherrin in Berlin erwartet werde. Das Mädchen ist wider seinen Willen gefolgt und der fremde Mann mit den Kindern im Alter von 6 und 1 Jahr abgereist. Bis nach Berlin, wo sie in einem Hotel übernachteten, hat man die Spur verfolgen können.

Emden. In Buttermilch ertrunken. In der Trunkenheit hat eine Mutter ihr eigenes Kind auf merkwürdige Art getötet. Die Landwirtsfrau Sanders in Rechtsupweg legte in der Trunkenheit ihr Kind, das im Alter von neun Monaten stand, statt in das Bett in das Buttermilchfaß, wo das arme Geschöpf elend ertrank.

Wieder ein Grubenunglück.

Auf der Grube zu Merlenbach bei Forbach wurden durch eine Explosion schlagender Wetter 15 Arbeiter betroffen. Man nimmt an, daß 12 tot und 3 schwer verletzt sind.

Über das Unglück liegen bis jetzt folgende Meldungen vor: Eine Explosion schlagender Wetter ereignete sich auf den Schachten des Kohlenbergwerkes „Saar" und „Mosel" zu Merlenbach (Kreis Forbach). Das Unglück geschah in der Nacht zum Sonntag um 11¼ Uhr kurz nach Schichtwechsel auf der 385 Meter-Sohle in einem Quer-Schacht. Zwölf Mann unter Aufsicht eines Schießmeisters standen im Begriff, einen Schuß abzufeuern, der in ein neu eingehauenes Flöz eingetrieben war. Anscheinend traf der Schuß eine im Flöz eingeschlossene Gasansammlung, die sich unter furchtbarer Explosion entzündete. Die über 50 Meter von der Schießstelle entfernt stehenden Arbeiter wurden mehrere Meter weit weggeschleudert. Die Folgen waren sehr traurig. Vier Bergleute waren sofort tot, einer wurde so schwer verletzt, daß er mit dem Leben nicht davon kommen dürfte; die übrigen erlitten leichte Verletzungen. Die nicht Verletzten stürmten in wilder Hast davon, so daß man sie zunächst im Schacht verloren vermutete. Die Getöteten, im Alter von 21, 28, 29 und 46 Jahren sind arg verstümmelt. Der Tod ist zumeist durch Schädelbruch eingetreten; dem Schießmeister war der Bauch aufgerissen. Die bergmännische Rettungskolonne hat auch bei diesem Unglück ihre bekannte Bravour gezeigt. Sofort nach der Katastrophe fuhr unter Aufsicht des Berginspektors eine mit elektrischen Grubenlampen und Sauerstoffapparaten ausgerüstete, zwölf Mann starke Rettungsmannschaft ein. Von Schacht 2 und 4 rückten gleichfalls Rettungskolonnen an, die jedoch nicht in Aktion traten. Die giftigen Rauchschwaden verzogen sich langsam. Eine Kohlenstaubexplosion trat dank der guten Berieselung nicht ein. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die übrigen Gefährten ohne Schaden davonkamen. Nach Verlauf einer Stunde waren die Toten und Verletzten geborgen. Die Strecke konnte hierauf wieder ohne Luftatmungsapparate betreten werden. Die durch die Explosion betroffene Kolonne arbeitete unter Leitung des Oberaufsehers Bormann für eine Firma in Herne, die die Ausbeutung des Mauerschlages von der Saar- und Mosel-Gesellschaft gepachtet hatte. Sonntag morgen traf Bergmeister Braunmühe aus Saargemünd ein, der mit der Grubendirektion eine Besichtigung der Unfallstelle vornahm, um die Ursachen der Gasentzündung festzustellen. Fremdes Verschulden liegt nach seiner Aussage nicht vor. Die Beerdigung der Toten erfolgt heute. Zwei der Getöteten sind verheiratet und erst kurze Zeit auf dem Schacht beschäftigt. Übel vermerkt wurde, daß ein in Merlenbach von Schwestern geleitetes Hospital die Aufnahme der Verletzten verweigerte, die dann in strömendem Regen in unzulänglichen Tragkörben nach dem Spital in Karlingen gebracht werden mußten.

Bis Sonntag vormittag 8 Uhr sind 6 Tote zu Tage gebracht; vermutlich sind 12 Arbeiter getötet worden.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aalen, 13. württemb. Wahlkr., Beitrag f. 1. Halbjahr 1907 37,60. Groß-Berlin à Konto seiner 8 Wahlkreise 10 000,—. Berlin, diverse Beiträge: L. L., Eisenbahner 3,10. Bierprozente der Stukkateure von Gerschel, Bau Fürstenhof 22,50. übersch. d. Kranzsp. d. Koll. Mühlbrodt d. A. E.-G. (Stanzerei) durch Ziegner 7,—. Personal der Buchdruckerei Vorwärts, Abt. Buchbinderei 20,50. Aus der Bierkasse der Kunstschmiedewerkstatt F. P. Krüger, Yorkstr. 59 40,—. Michaelis 5,—. Dr. L. A. 100.—. Die Kontobucharbeiter vom Wedding 5,—. Gutenberg 36,10. Jule II, Ritterstraße 11,60. Die Arbeiter der Möbelfabrik v. Rößler u. Schmidt, Kopernikusstr. 35 60,—. P. S. 50,—. A. B. 50,—. „Bombe" 0,50. Baden-Baden, Wahlkreisbeitrag 30,96. Bonn-Rheinbach, Wahlkreisbeitrag für das 2. Quartal 1907 20,—. Bern 50,—. Butzbach i. H., Alexander 0,50. Durlach, 9. badischer Wahlkreis, 2. Quartal 1907 290,40. Driesen, Jahresbeitrag d. Wahlkr. Arnswalde-Friedeberg 87,—. Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis 2000,—. Dresden, „aus Unverstand und Bosheit" 1,—. Falkenberg (Oberschl.) 16,—. Friedenau, E. A. 5,—. Finsterwalde, Zentralverein Kalau-Luckau 52,50. Görlitzer Agitationsbezirk 200,— (darunter vom Sozialdemokratischen Verein Görlitz, Rest vom 4. Quartal 128,44). Goldbeck i. Altm., stiller Parteigenosse 10,—. Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo" eingegangen (zwei Raten) 303,15. Hildesheim, Kreisverein des 10. hannoverschen Wahlkreises 305,46. Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode, Beitrag vom 1. Juli 1906 bis 1. Juli 1907 98,80. Heidelberg-Eberbach-Mosbach, 12. badischer Wahlkreis, 2. Quartal 07 77,50. Husum-Tondern 59,34. Hamburg, 3. Wahlkreis 10 000,—. Hannover, Kreisverein f. d. 8. hannoverschen Wahlkreis auf Konto der Monate Juli-August 1000,—. Köln a. Rh., Reg. W. 20,—. Königsberg i. Pr., Sozialdemokratischer Verein, 1. und 2. Quartal 07 614,14. Luckenwalde, Beitrag des Wahlkreises für das 1. und 2. Quartal 07 419,50. Ludwigshafen a. Rh., Rückzahlung des Gaues Pfalz auf Landtagswahl-Darlehen, 1. Rate 2500,— Lübeck, Sozialdemokratischer Verein, 2. Quart. 1907 450,— Luckenwalde, Rufus 5,—. München, Gau Südbayern 181,31. M.-Gladbach, Beitrag des Wahlkreises für 4. Quartal 1906/07 82,92. Magdeburg, Sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 800,—. Neuwied, Kreisorganisation 7,28. Nürnberg, Rückzahlung des Gaues Nordbayern auf Landtagswahl-Darlehen, 1. Rate, 2000,—. Olvenstedt, Wahlkr. Wolmirstedt-Neuhaldensleben, 2. Quart. 07 105,—. Reutlingen-Tübingen, 6. württemb. Wahlkr. 85,20. Staßfurt, Wahlkreis Quedlinburg-Aschersleben-Calbe, 2. Quart. 1907 121,40. Schöneberg b. Berlin, —arz 1,—. Siegen, Parteibeitrag 5,—. Sangerhausen-Eckartsberge, Wahlkreisbeitrag 20,—. Schwenningen, 9. württembergischer Wahlkr., 2. Quart. 1907 117,24. Stuttgart G. U. 10,—. Triberg, Kreisverein des 2. badischen Wahlkreises 50,—. Tilsit-Niederung, Sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 1906/07 36,—. Zinsen aus dem Marxismus 4174,28.

Berlin, den 9. Septbr. 1907.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 14. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—3,40 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stck. 1,20—1,40, Tauben Stck. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. 73—75 Pf., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45— Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 7 u. 8 Stck. 60, Karpfen Pfd.— Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 0,90—1 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,15—0,25 Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg. — Schleie Pfd. 1,50—1,80 Mk. Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Literarisches.

Borchardt, Julian, Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? 0,30 Mk. — Führer durch das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Zugleich ein Ratgeber in gewerblichen Streitigkeiten. 0,25 Mk. — Ferner befindet sich im Druck und wird in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen:

Protokoll über die Verhandlungen des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Stuttgart 1907. — Bestellungen auf die vorstehenden Bücher nimmt entgegen jede Buchhandlung, jeder Kolporteur sowie die Verlagsbuchhandlung.

Engels, Fr., Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Fünfte, vervollständigte Auflage. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky. 1 Mk., Agitationsausgabe 0,40 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

9. Schleswig-Holstein.
Distriktsversammlung
am Mittwoch, den 18. September 1907,
abends 8½ Uhr.

Frieda Brügmann
Paul Wittke
Verlobte.
Lübeck, den 15. September 1907.

Für die mir so reichlich gewährte Unterstützung seitens meiner Arbeitskollegen vom Theater-Neubau sage meinen besten Dank.
O. Leppin.

Kleines möbliertes Zimmer
zu vermieten. Ziegelstraße 25.

---

1 junger Knecht
zu sofort gesucht.
Cronsforder Allee 37 a, I.

Schwartau-Rensefeld.
Herren-Sohlen 1.80—2.40 Mk., Herren-Absätze 60—70 Pfg., Damen-Sohlen 1.30—1.60 Mk., Damen-Absätze 50—60 Pfg., Kinder-Sohlen und -Absätze je nach Größe. **L. Burmeister.**

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.
Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfund 1,40 Mark.

Kronsbeeren,
täglich frisch, Bahn- und Postversand.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Soeben ist erschienen:

Gruppenbild
der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Preis 40 Pfg.

Auf Kunstdruck-Karton in vorzüglichem Druck und nach den neuesten photographischen Aufnahmen hergestellt, ist das Bild ein prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim. Die Kartongröße ist 40×55 cm. Der Preis ist so billig bemessen, um jedem Arbeiter die Anschaffung zu :::::::::: ermöglichen. ::::::::::

Zu beziehen durch:
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Hannöversches Brot
Montags, Mittwochs und Freitags
frisch, auf Wunsch **frei ins Haus**
in der Bäckerei und Konditorei
Carl Röttger, Lindenstr. 27 a.

Bilder aus Lübecks Vergangenheit
Von Theodor Schwartz.

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwand geb. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung und Buchdruckerei.
Johannisstraße 50.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.
Von Richard Lipinski.
12. Auflage. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Allerfeinste Tafelbutter, eigenes Fabrikat
per Pfund Mk. 1.30.
Feinste Butter, per Pfd. Mk. 1.15
Auf Wunsch frei ins Haus.
Zentral-Molkerei Rostock.
Verkaufsstellen: Breitestraße 11 u. Moislinger Allee 2a.

Versuchen Sie bitte!

Täglich frisch in allen durch Plakate kenntlichen Niederlagen
oder durch den
General-Vertreter: Hans Panier,
Lübeck, Adlerstraße 36.

Uhrglas einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Franz Barmester, Tapezier, Glandorpstr. 32.
Aufpolstern von **Sofas, Matratzen,** sowie **Stubentapezieren** reell und billig.
Postkarte genügt.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus 13

---

5 Mark in bar
erhalten Sie vom
Vorschuss- u. Sparverein, Lübeck
für ein mit „Lubeca-Rabattmarken" gefülltes Sparbuch.
Jeder
kaufe daher nur bei Mitgliedern des Rabatt-Spar-Vereins „Lubeca"

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 17. September,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht und Aufstellung eines Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl.
3. Wahl eines Boten.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Achtung Schneider!

Eine Allgemeine Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung
findet am
Dienstag, d. 17. September,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
statt.

Tages-Ordnung:
1. Heimarbeiterschutzgesetz.
Referent: Redakteur **J. Stelling.**
2. Freie Diskussion.

Zu dieser Versammlung sind besonders die Heimarbeiter geladen, deshalb werden die Kollegen aufgefordert, die ihr bekannten Kollegen und Kolleginnen mitzubringen.

Der Einberufer.

Hansa-Theater
Lübeck.

Täglich abends 8 Uhr:
Er geht los.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 216. Montag, den 16. September 1907. 14. Jahrg.

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Schluß.

Marineetat.

Die Beratung des Marineetats — er kam erst wenige Tage vor Schluß des Reichstags an die Reihe — wurde in diesem Jahr mit unsachlicher Überstürzung betrieben. Die Mehrforderungen, die der Etat zeigt, hielten sich im Rahmen des Flottengesetzes. Genosse Zubeil nahm die Gelegenheit wahr, die Arbeiterverhältnisse auf den kaiserlichen Werften zu schildern und gegen die unwürdige Bevormundung der im Reichsbetriebe beschäftigten Staatsbürger Verwahrung einzulegen. Auch die kaiserliche Marine kann sich immer noch nicht zu der Erkenntnis aufschwingen, daß sie für den Arbeitslohn zwar ein Anrecht auf eine Arbeitsleistung erwirbt, nicht aber auf eine bestimmte Gesinnung des Arbeiters.

Postetat.

Bei der Beratung des Postetats erhob Genosse Singer gegen die Maßnahmen der Postbehörde eine Reihe von sachlichen Einwendungen: vor allen Dingen trat er für politische Bewegungsfreiheit der Beamten und für die Abschaffung von Korruptionsmöglichkeiten ein, wie sie in der Einrichtung sogenannter gehobener Stellungen für Unterbeamte und in der Schaffung von Ostmarkenzulagen gegeben sind. Die Gestaltung der Ostmarkenzulagen brachte in diesem Etat eine Überraschung; von der Mehrheit des vorigen Reichstages waren alle Versuche der Regierung, Ostmarkenzulagen, die der preußische Etat eingeführt hat, auch im Reiche nachzuahmen, so nachdrücklich und konsequent zurückgewiesen worden, daß die Regierung für den Etat von 1907 auf ihre Absichten nicht zurückzukommen gewagt hatte. Da kam ihr die neugeschaffene Mehrheit entgegen und ließ durch den Freiherrn von Gamp in einer Resolution die Regierung auffordern, noch nachträglich die Ostmarkenzulagen in den Postetat einzusetzen. Der Freisinn, der sich der Pflichten einer „Regierungspartei" offenbar bewußt zeigen wollte, ließ seine frühere prinzipielle Gegnerschaft fahren; nur so viel Opposition brachte er noch auf, daß er beantragte, die Ostmarkenzulage wenigstens als dauernde und unwiderrufliche Gehaltserhöhungen einzuführen.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen zum Postetat stimmten die Sozialdemokraten für früheren Schalterdienstschluß am Vorabend von Sonn- und Feiertagen; ferner für die Anrechnung des Nachtdienstes in anderthalbfacher Höhe; endlich für die Einführung einer mittleren Beamtenklasse, die ein höheres Gehalt als die Unterbeamten beziehen würde, wobei dann aber die heute beliebte Einteilung der Unterbeamten in zwei Klassen aufzuhören hätte. Auch für ausgiebige Notstandszulagen, bei den Unterbeamten noch über die Ansätze der Budgetkommission hinaus, trat unsere Partei ein.

Die berufene Tat des Reichspostamtes, uns auf dem Mannheimer Parteitag die Benutzung der postalischen Einrichtungen zu erschweren, geißelte Singer nach Gebühr schonungslos. Aus den verlegenen Wendungen des Staatssekretärs Kraetke, mit denen er sich gegen Singer zu verteidigen suchte, heben wir nur das eine hervor, daß er die Beamten der Reichspost vor der Gefahr behüten zu müssen geglaubt habe, durch etwa offenstehende Türen — etwas von den Verhandlungen des Parteitages zu hören. Die Erhabenheit dieses Standpunktes macht jedes Wort der Kritik überflüssig!

Versorgung der Reichsbeamten usw.

Nachdem im Jahre 1906 ein neues Gesetz über die Pensionierung der Offiziere und die Versorgung der Personen der Unterklassen des Heeres, der Marine und der Schutztruppen geschaffen worden ist, ließ sich eine neue Regelung der Versorgung von Reichsbeamten und Hinterbliebenen der Reichsbeamten und der Militärpersonen nicht mehr umgehen. Die Regierung legte drei Gesetzentwürfe vor, die darauf abzielten, einmal die materielle Lage der durch Alter oder Krankheit dienstlich untauglich gewordenen Beamten zu verbessern, gleichzeitig aber auch den Hinterbliebenen der Beamten und Militärpersonen eine erhöhte Fürsorge zuzuwenden. Der finanzielle Mehrbedarf für Pensionszwecke auf Grund dieser Gesetze wird auf etwa 7 bis 8 Millionen zu schätzen sein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Belastung unseres Volkes durch Beamten- und Militärpensionen allmählich einen bedenklichen Grad erreicht hat. Noch im Jahre 1888 betrug die Pension für die Beamten und Offiziere einschließlich der Reliktengelder 42 Millionen Mark. 20 Jahre später, im Jahre 1907, ist diese Last bereits auf 107 Millionen Mark angewachsen; dabei sind aber die Invalidenpensionen der Mannschaften mit 55,5 Millionen Mark, sowie die Veteranenbeihilfe im Betrage von fast 20 Millionen Mark noch nicht eingerechnet. Alles in allem beträgt die Pensionslast des Reiches im Jahre 1907 182 Millionen Mark, das ist auf den Kopf der Bevölkerung nicht viel weniger als 3 Mark.

Unter diesen Umständen hielten es die Vertreter unserer Fraktion in der Kommission wie im Plenum für ihre Pflicht, gerade wie bei den Militärpensionsgesetzen auf die starke Bevorzugung der oberen vor den mittleren und unteren Beamten hinzuweisen; daß für die große Schar der Hinterbliebenen von unteren und mittleren Beamten eine Aufbesserung der Bezüge bei den außerordentlich gestiegenen Preisen der Lebensmittel und der Wohnungsmieten nicht zu umgehen war, konnte nicht bestritten werden. Die Fraktion hat den Gesetzentwürfen ihre Zustimmung gegeben.

Branntweinsteuer.

Den vor der Reichstagsauflösung unerledigt gebliebenen Gesetzentwurf über die Bemessung des Kontingentfußes für landwirtschaftliche Brennereien brachte die Regierung von neuem ein; in Verbindung damit aber auch einen anderen Entwurf, nämlich den eines Gesetzes über Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrages der Maischbottichsteuer. Die Regierung kann sich der Notwendigkeit einer gründlichen Reform der ganzen Branntweinbesteuerung zwar nicht verschließen, sucht diese Reform aber möglichst weit hinauszuschieben, und beschränkt sich darauf, wenigstens einstweilen der wachsenden Benachteiligung der Reichskasse durch die Prämienwirtschaft bei der Maischraumsteuerrückvergütung entgegenzuwirken. Ihre Sorge um das Wohlergehen der Agrarier ist dabei aber so groß, daß sie sich keine ernste Maßregeln zu schaffen getraut. Ihr Gesetzentwurf zerfiel in zwei Teile. Im ersten Teil wurde die Maischraumsteuerrückvergütung von 16 auf 12 Pf. für den Liter herabgesetzt, was ungefähr dem Ausbeuteverhältnis entspricht. Im zweiten Teil aber wollte sie einen sogenannten Ausgleichsfonds schaffen, das heißt eine feste Summe von 4½ Millionen Mark jährlich dazu verwenden, um den bisherigen Stipendiaten dieser Maischraumsteuerrückvergütung daraus „Entschädigungen" zu zahlen. Daß wir einen solchen Gesetzentwurf nicht gutheißen würden, versteht sich ganz von selbst. Der Gesetzgeber hatte bei der Schaffung des Maischraumsteuergesetzes nicht beabsichtigt, die Rückvergütung höher zu bemessen, als die Steuer. Eine Differenz zwischen Steuer und Rückvergütung entstand nur dadurch, daß allmählich die Brenntechnik verbessert und aus einem bestimmten Maischraum und Maischequantum mehr Spiritus gewonnen wurde als früher. Wir konnten daher nur dem ersten Teil des Gesetzentwurfes unsere Zustimmung geben, mußten aber den zweiten, der zwar die Reichskasse vor ferneren empfindlichen Abbröckelungen der Maischraumsteuer bewahren will, aber den Agrariern an Stelle der wachsenden Liebesgabe eine feste Rente aussetzt, ablehnen.

Der Gesetzentwurf über die Reform der Maischraumsteuer wurde einer Kommission überwiesen, die mit ihren Beratungen bei der Vertagung des Reichstags noch nicht zu Ende gekommen war. In dieser Kommission bemühten sich die Agrarier mit allen Mitteln, die Verhandlungen zu verschleppen, um so die Profite aus der jetzigen Gestaltung der Maischraumsteuer noch länger einzukassieren. Da sowohl im Plenum als auch in der Kommission der schroffe Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den freisinnigen Parteien auf der einen Seite, den agrarischen Parteien auf der anderen Seite nicht überbrückt werden konnte, da also bei dieser Gelegenheit die famose konservativ-liberale Paarung vollständig in die Brüche zu gehen drohte, so setzte auch die Regierung der agrarischen Verschleppungstaktik keinen Widerstand entgegen. Als etwa 10 Tage vor der Vertagung des Reichstags die Mehrheit der Kommission ihrem Vorsitzenden die Vollmacht ausgestellt hatte, eine neue Sitzung erst dann einzuberufen, wenn es ihm gut scheine, versuchten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder in Verbindung mit den Freisinnigen vergeblich eine Weiterarbeit der Kommission zu veranlassen. Des Schutzes seiner agrarischen Mehrheit sicher, lehnte der Vorsitzende der Kommission, Abgeordneter Dr. Roesicke, der Direktor des Bundes der Landwirte, dieses Verlangen rundweg ab.

Der Gesetzentwurf über die Bemessung des Kontingentfußes für landwirtschaftliche Brennereien wurde in der Fassung der Regierungsvorlage am 20. März 1907 verabschiedet; dadurch sind die agrarischen Brenner gegen eine unangenehme Konkurrenz neu aufkommender Brennereien erheblich geschützt worden.

Nordostseekanal.

Der Vorlage, die nahezu 223 Millionen für die Verbreiterung des Nordostseekanals forderte, stimmte die Fraktion zu und zwar aus den gleichen Gründen, die sie bereits im Jahre 1886 veranlaßten, für den Bau des Kanals zu votieren. Man ging damals von der Voraussetzung aus, daß der Kanal für die Handelsmarine von großer Wichtigkeit werden würde; die Entwickelung hat dieser Auffassung recht gegeben. Der Kanalbetrieb brachte bereits im Jahre 1903 Überschüsse, die sich regelmäßig von Jahr zu Jahr gesteigert haben. Es ist zweifellos, daß die Steigerung sich noch rascher fortsetzen wird, wenn die Hindernisse beseitigt werden, die heute für die Kauffahrteischiffe bestehen, nämlich die ungenügende Breite und der Mangel an Ausweichstellen. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach in der ersten Lesung Genosse Frohme, der sich energisch gegen die Behauptung wandte, die besonders während der letzten Reichstagsbewegung gegen die sozialdemokratische Partei geäußert worden sind, daß wir nämlich gegen alle großen Unternehmungen gewesen seien und insbesondere uns bemüht hätten, die Entwickelung von Handel und Industrie zu hindern. Er sagte: „Ich will konstatieren, daß meine Fraktion in diesem Hause, wie meine Partei überhaupt im öffentlichen Leben stets bemüht gewesen ist, nach bestem Ermessen, nach gutem Gewissen der wirtschaftlichen und politischen Entwickelung der Nation zu dienen. Wo immer es sich darum gehandelt hat, diese Entwickelung zu fördern, da ist die Sozialdemokratie dabei gewesen und ich darf wohl sagen, daß hier im Hause keine der liberalen Parteien sich rühmen kann, in dieser Richtung mehr Positives geleistet zu haben, als die Sozialdemokratie."

In der zweiten Lesung sprach Genosse Dietz im Namen unserer Fraktion und erläuterte unsere Haltung folgendermaßen: Zugeben muß man — wenn man ehrlich sein will — daß die Interessen der Landesverteidigung den ersten Anstoß zu dieser Vorlage gegeben haben; aber die wachsende Größe unserer Kauffahrteischiffe hat doch wohl auch mitgewirkt, daß man an diese bessere Ausgestaltung des Kanals gegangen ist. Es mutet vielleicht manchen eigentümlich an, daß wir Sozialdemokraten für diese Sache zu haben sind, wo wir in anderen Fällen unsere Zustimmung zu Vorlagen, die mit der Flotte zusammenhängen, verweigert haben. In diesem Falle möchte ich Sie aber doch darauf aufmerksam machen, daß an verkehrsreichen Stellen, wo z. B. die Verbreiterung einer Brücke notwendig ist, wir diese nicht verweigern würden etwa aus dem Grunde, weil über die Brücke auch Militär marschiert. Ich glaube, selbst die radikale Fraktion der Sozialdemokratie im Berliner Rathause würde, wenn solche Vorlagen an sie herantreten, diesen zustimmen." .... „Vom Standpunkte der Mittelstandspolitik müßte man gegen den Kanal sein, da er den einen, den Großen fördert, den Kleinen schädigt. Das wäre dann derselbe Standpunkt, den auch die preußischen Kanalgegner seinerzeit eingenommen haben, und der dann auch noch zu rechtfertigen wäre, wenn es sich beispielsweise um neue Eisenbahnbauten handeln würde. Die moderne Entwickelung des Handels und des Verkehrs geht darüber hinweg, und daher können und wollen wir die Erweiterung des Nordostseekanals nicht hindern. Wir schreiben das auf unser Konto der positiven

---

Bergfahrten.

Reisebriefe von Ph. S. C. Heidemann.

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Endlich inmitten der romantischsten Gebirgsszenerie ein kleines Schildchen: nach der Tillfusalpe! Juhu! Ein kleiner Aufstieg von ungefähr zehn Minuten und vor uns liegt zunächst eine einfache Almhütte und etwa hundert Meter dahinter das hölzerne Jagdschlößchen des bekannten Schriftstellers Ludwig Ganghofer, der hier während der Sommermonate haust. Ganghofer trat gerade mit mehreren Freunden aus dem Hause, um, wie uns später ein Holzer erzählte, auf die Gemsjagd zu gehen.

Völlig ermattet sank ich auf dem Lager in der Alm nieder. Auf der Alm da gibts ka Sünd und deshalb fragte ich auch nicht lange, ob ich mich auf das Kissen der Rest oder des Beni legen dürfte. Ich war sehr ärgerlich, als ich nach zehn Minuten aufstehen mußte eines Eierpfannkuchens wegen, den mir der Seppl förmlich aufzwang.

„Essen missen S', sonst kommen S' nachher die Viertelstunden nimmer auf!"

„Ach, Seppl, i trink lieber an Wein mehr —"

„Na, na, kommen S' her."

Ich mußte wirklich wieder auf und den Eierkuchen hinunterwürgen, obwohl ich nicht den geringsten Appetit hatte infolge des siebenstündigen Marsches im Sonnenbrand. Dann aber ging's wieder auf das Lager . . . .

Das war erquickender Schlaf. Mit frischen Kräften gings dann wieder los. Und nun gings steil aufwärts. Donnerwetter ja, ging das jetzt in die Höhe. Kein Wort wurde geredet. Schritt vor Schritt, immer im selben Tempo . . .

„Seppl, wie weit is noch zum Gatterl?"

„Zwoa Stund!"

Ach, du barmherziger Strohsack. Noch zwoa Stund. Wir waren schon seit zehn Stunden auf den Beinen. Sepp tappte immer gleichmäßig vor mir her . . .

„Sepp, is der Sattel droben im Gebirg das Gatterl?"

„Ja!"

„Wenn wir da oben sind, dann sind wir auch gleich auf der Knorrhütte?"

„Joa, dann kann ma d' Knorrhüttn sehn."

„Dann können wir sie sehen!"

Da soll der Deixel neinschlagen.

„Seppl, jetzt brechen Sie mal die Weinbulle an."

„Na, na; in aner halben Stund san mer so nah an dem Woasser" — und dabei zeigte er auf einen grandiosen Wasserfall über uns — „dann trinke mer an Woasser."

War der Mensch auf einmal ein Wasserfreund geworden!

Nach einer sehr guten halben Stunde — wir kletterten längst zumeist auf nackten Felspfaden — kamen wir wirklich ganz nahe an den Gebirgsbach, dessen Wasser zwar eisig kalt war, aber vortrefflich schmeckte.

Dann gings weiter. Schier endlos. Immer steil auf. Ich sah immer sehnsüchtig nach dem kleinen Einschnitt in dem nackten Felsengrat über uns — das war das sogenannte Gatterl, hoch oben im Gebirge (2024 Meter), die tirolisch-bayerische Grenze, die durch eine kleine Gittertüre (für Gitter sagt man im Gebirge Gatter) in gelungener Weise gekennzeichnet ist. Meiner Berechnung nach mußten wir das Gatterl in einer weiteren halben Stunde erreichen können.

Ja, prosit Mahlzeit. Da kommt uns noch eine von unten nicht sichtbar gewesene große Wiesenmulde in die Quere, das ist ein großes, mit ganz kurzem Gras bewachsenes Becken. Nun sah ich, daß wir bis zum Gatterl mindestens noch eine Stunde hatten.

Immer weiter. Der Schweiß lief mir in kleinen Bächlein unter dem Hute heraus in den Bart. Ab und zu blieb ich eine Sekunde stehen, um Umschau zu halten: ein wunderbares Bild! Und das erfrischte mich immer wieder. Ach, dort oben wird ja die Umschau noch um vieles herrlicher sein.

Am Gatterl! Eine kleine, ziemlich schwierige Kletterei auf allen Vieren, zirka fünfzehn Meter hoch, und wir öffnen das Gatterl. Und damit öffnet sich für uns auch der Blick in eine wahrhaft entzückende Gebirgsszenerie. Wir stehen gleichsam auf dem Rande eines ungeheuren Kessels. An der Seitenwand links müssen wir hinüber nach der Knorrhütte, die uns gegenüber deutlich zu erkennen ist. Der Weg ist wiederum recht anstrengend. Wir müssen zunächst absteigen, durchwandern ein wahrhaft ungeheuerliches Trümmerfeld — wir müssen über Steinblöcke in allen Größen — und sehen nun, nachdem wir eine halbe Stunde geklettert waren, tief hinunter in das Reintal, wo die beiden blauen Gumpen — kleine Seen — sichtbar werden. Oben links sehen wir auf der Zugspitze nahezu tausend Meter hoch über uns das Münchener Haus und die meteorologische Beobachtungsstation.

Wir waren zwölf Stunden auf den Beinen und waren mehr als zehn Stunden marschiert und geklettert, als wir in der Knorrhütte ankamen.

Wir trafen ungefähr fünfzehn Touristen, darunter drei Damen und einige Bergführer an. Sie alle waren durch das bequemere Reintal gekommen.

Um neun Uhr ging ich zu Bett.

Nur der Tag war anstrengend gewesen, der nächste, das wußte ich, wurde viel schlimmer. Da hieß es zunächst, drei Stunden durch Schnee und über steile Felsen klettern und dann — der Abstieg zum Eibsee!

„Na, wenn ich nur wenigstens die paar Stunden schlafen kann, denn früh heißt es am kommenden Morgen aufstehen.

Die Anstrengung war offenbar eine zu große gewesen. Ich lag stundenlang im Bett, ohne Schlaf finden zu können. Ein Uhr hatte ich die kleine Wanduhr noch schlagen hören. . . .

„Auf, 's ist Zeit!"

So brüllte mir Seppl ins Ohr und klopfte dabei auf meine Decke.

„Wie viel Uhr ist's denn?"

„Halbi drei!"

„Sie Scheusal, ich dreh Ihnen den Hals um! Dann schlaf ich ja höchstens eine Stunde! Ich streike. Ich steh noch nicht auf, ich bin ja an allen Knochen wie gerädert."

„Machen S' ka Sach nit. Alles, was da herinnen in d'r Knorrhüttn is, is scho auf. Um 3 Uhr müß'n wir fortgehn, sonst komm'n m'r nachher in die Sonnhitz. Stehn S' auf, jetzt ist der Schnee noch fest, da komm'n m'r am schnellsten über den Ferner (Schneefeld)."

Was wollt ich machen? Ich mußte mich in mein Schicksal fügen. Seppl hatte mir höchst eigenhändig die Schuhe geschmiert. Sie trieften nur so von Fett. Also raus aus dem Bett und rin in die Stiefeln. In zwanzig Minuten war ich klar zum Gefecht.

Schleunigst die Rechnung gezahlt — 1 Erbswurstsuppe 30 Pfg., 3 Eier 45 Pfg., 1 Moaß Bier 1 Mark, 1 Kaffee 30 Pfg., 1 Bett 3 Mark — dann den Kaffee geschlürft und hinaus aus der Hütte. (Fortsetzung folgt.)

Leistungen und tragen demgegenüber gern die Verantwortlichkeit unseren Wählern gegenüber; denn genau dasselbe, was wir jetzt tun, haben wir auch im Jahre 1886 getan. Damals hätten wir wohl Ursache gehabt, das Kanalprojekt abzulehnen; denn in jener Zeit stand die sozialdemokratische Partei unter dem Sozialistengesetz, unter Ausweisungen und unter ununterbrochenen polizeilichen Schikanierungen. Unter solchen Verhältnissen hätte uns kein Mensch verargen können, wenn wir das Gesetz abgelehnt hätten. Aber wir haben es nicht getan. Uns stand die Entwickelung von Handel und Verkehr höher."

Unsere Redner traten nachdrücklich dafür ein, daß bei dem Ausbau des Kanals das Wort wahrgemacht werde, staatliche Anstalten sollten Musteranstalten werden. Schon im Jahre 1886 hatte die Fraktion erklärt, daß man deutsche Arbeiter am Kanal beschäftigen und ihnen eine gute Bezahlung und gute Behandlung sichern müsse. Dieser berechtigte Wunsch hat aber zu jener Zeit nicht die geforderte Berücksichtigung gefunden. Darum verlangte Frohme, das Reichsamt des Innern solle beweisen, daß es ihm Ernst ist, im Submissionswesen Wandel zu schaffen und die Verhältnisse der Arbeiter zu bessern; vor allem bestand er darauf, daß die Regierung und die beauftragten Unternehmer die Arbeiterorganisationen anerkennen. Der Staatssekretär Graf Posadowsky entgegnete ihm, daß man ernstlich bedacht sein werde, in erster Linie deutsche Arbeiter zu beschäftigen; er werde dafür sorgen, daß alles geschieht, was auf sozialpolitischem Gebiete nützlich ist; die großen Arbeitermassen angemessen unterzubringen, für die Erhaltung ihrer Gesundheit, für die Wohlfahrt in Krankheitsfällen zu sorgen, sie während ihrer Arbeitsleistung vor den Gefahren des Betriebes zu schützen, werde selbstverständlich eine der vornehmsten Aufgaben der Behörde sein. In der zweiten Lesung kam Dietz auf diese Äußerung zurück, erkannte an, daß sie verständig seien, bemerkte aber, daß am 27. April 1907 der preußische Eisenbahnminister Breitenbach im preußischen Abgeordnetenhause das gerade Gegenteil davon ausgeführt habe. Breitenbach hat bei der Beratung des Etats der Wasserbauverwaltung ausdrücklich erklärt, daß in Preußen auf die Unternehmer eingewirkt werden solle, die ihnen übertragenen Arbeiten im weitesten Umfange durch ausländische Arbeiter besorgen zu lassen; er hat ferner gesagt, die Unternehmer sollten angehalten und kontrolliert werden, daß sie nicht durch Aufrufe inländische Arbeiter heranziehen.

Auf diese Aufdeckung eines schreienden Widerspruchs zwischen den Erklärungen der Reichsverwaltung und der preußischen Regierung schwieg Graf Posadowsky. Es wird demnach Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, darüber zu wachen, daß nicht die höchst arbeiterfeindlichen, rückständigen und gefährlichen Ansichten der preußischen Verwaltung bei dem Ausbau des Nordostseekanals maßgebend werden.

Handelsabkommen mit Nordamerika.

Eine endgültige Regelung unserer schwierigen Handelsverhältnisse zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist immer noch nicht gelungen. Dem Reichstag wurde am 7. Mai 1907 ein provisorisches Handelsabkommen vorgelegt, das auch von der Regierung nur als ein „vorbereitender Schritt" bezeichnet wurde. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion begrüßte Abgeordneter Molkenbuhr die Tatsache, daß es überhaupt zu einem neuen Vertrag mit den Vereinigten Staaten gekommen ist, wenn wir auch keineswegs verkennen, daß der Vertrag recht wenig bietet und erst die Zukunft lehren kann, wie weit eigentlich die Erleichterungen bei der Zollabfertigung, die versprochen wurden, loyal durchgeführt werden. Molkenbuhr benutzte die Gelegenheit, um wieder einmal im allgemeinen auf die Schäden der Hochschutzzöllnerei hinzuweisen; in Nordamerika mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Höhepunkt der Schutzzöllnerei bereits überschritten ist. Das muß auch uns ein Ansporn sein, unseren Kampf gegen die agrarische Handelspolitik in Deutschland mit allen Kräften fortzusetzen.

Ausgehend von der Überzeugung, daß jeder Vertrag, der die friedlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern fördert, zu unterstützen ist, trat die Sozialdemokratie für den Abschluß des vorgeschlagenen Handelsabkommens mit Nordamerika ein.

Griechischer Auslieferungsvertrag.

Dem Abschluß des Auslieferungsvertrages mit Griechenland hat die Fraktion nicht widersprochen, da das Asylrecht für politische Flüchtlinge ausreichend gesichert erscheint.

Schiffahrtsabgaben.

Um die Reichsregierung in der Frage der Schiffahrtsabgaben zur Stellungnahme zu zwingen, hatte die Fraktion schon frühzeitig eine Interpellation eingebracht. Der Reichskanzler entzog sich aber der Beantwortung, so daß unsere Vertreter gezwungen waren, die Angelegenheit bei der Etatsberatung zu berühren. Genosse Dr. David griff bei der Behandlung des Etats für den Reichskanzler die Frage auf, kennzeichnete das Verhalten der preußischen Regierung, die, um den Agrariern die Verteuerung des ausländischen Getreides möglich zu machen, emsig bemüht ist, den Artikel 54 der Reichsverfassung aus der Welt zu schaffen, und legte die wirtschaftlich politische und allgemein politische Bedeutung der Frage klar. Auf seine berechtigten Angriffe wußte der Reichskanzler, der [illegible] darauf das Wort nahm, nichts zu entgegnen. Wir werden auch fernerhin mit der dringenden Gefahr zu rechnen haben, daß die Abgabenpflicht auf den deutschen Strömen den preußischen Agrariern zuliebe eingeführt wird.

Weingesetz.

Weinbau und Weinhandel spielte in den Verhandlungen des Reichstages eine verhältnismäßig große Rolle. Für [illegible] Gebiete verlangte der Abg. Dr. Roesicke kurz nach Zusammentritt des Reichstages bei der Begründung einer Interpellation über Änderung des Gesetzes, betr. den Verkehr mit Wein, die Sache der Weinbauern als Sache des Bundes der Landwirte hinzustellen. Er holte sich dabei von unserem [illegible] Franz Joseph Ehrhart eine derbe Abfuhr. Im Namen unserer Fraktion [illegible] die Forderung des [illegible] der [illegible] durch [illegible] im ganzen Gebiete des Reiches; ferner sprach er sich für die Einführung von [illegible] und auch für den [illegible] aus, [illegible] ein geeigneter Weg gezeigt würde.

Bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern [illegible] sich dann noch einmal eine [illegible] Weindebatte, in der von unserer Seite Dr. David das Wort ergriff. Er legte dar, daß die Frage der Weinkontrolle nur durch die Einführung einer allgemeinen strengen [illegible] befriedigend gelöst werden kann. [illegible] zu einer solchen durchgreifenden [illegible] der [illegible] komme, solle die Reichsregierung [illegible] bemüht sein, [illegible] zur Einführung einer [illegible] zu veranlassen.

Wahlfragen.

„Im Namen der Freiheit" [illegible] die Mitglieder des Regierungsblocks das Verhalten der Regierung und im besonderen das des Reichskanzlers während der Wahlen, [illegible] — [illegible] doch nicht [illegible] gegen

einen anderen Staatsbürger! Alle seine Maßregeln, angefangen vom berüchtigten Silvesterbrief an den Reichsverband und der Begründung eines Wahlfonds im Reichskanzlerpalais bis zu den Episoden Eickhoff und Hermes, zu den famosen mitternächtlichen Siegesreden in der Wilhelmstraße und zu der Rede vom Wahlsiege des „nationalen Schweins" fanden ihre Verteidiger im Reichstag, als bei der Begründung einer besonderen Interpellation (15. März 1907) unser Genosse Richard Fischer, bei der Etatsberatung Bebel und nach ihnen auch andere Fraktionsmitglieder sie nach Gebühr kennzeichneten. Bülow erzählte gelegentlich einmal eine seiner beliebten Anekdoten, die von einem rumänischen Minister handelte; jener Ehrenmann hatte, als er in der Opposition stand, allerhand Versprechungen gemacht, die er als Minister nicht halten wollte; an die Erfüllung gemahnt, sagte er: „Mein Herr, Sie ahnen gar nicht, wie man seine Meinung ändert, wenn man Minister wird." Daran erinnert das Verhalten der Liberalen, die auch ihre Ansichten über Wahlbeeinflussung in dem Augenblick geändert haben, wo sie „Regierungspartei" werden durften! Reichskanzler, Reichskanzlei, Kolonialamt, Oberkommando der Schutztruppen usw. usw. haben offen die Art von Wahlagitation betrieben, die der Reichstag bis dahin in konstanter Praxis als unzulässig bezeichnet hatte. Unbefangener Prüfung kann es nicht verborgen bleiben, daß eine große Reihe von Mandaten der Mehrheitsparteien wegen direkter Wahlbeeinflussung hätte für ungültig erklärt werden müssen. Da die Wahlen bei einem besonderen Tagesordnungspunkte behandelt werden sollen, erübrigt sich ein näheres Eingehen auf die Erörterungen über Wahlbeeinflussungen im Reichstag. Aber die Schlußworte von Fischers Rede zur Begründung der erwähnten Interpellation sollen hier ihren Platz finden:

„Nach allem, was wir an amtlichen Wahlbeeinflussungen, was wir an Wahlverleumdungen, was wir an Wahlkorruption und an niederträchtigen Fälschungen in diesem Wahlkampf erlebt haben, da erzählt uns der Herr Reichskanzler, die Wahlen seien die Strafe für unsere politische Kampfesweise und unsere publizistische Methode ... Die im Auftrage der Reichskanzlei, der Kolonialabteilung, des Reichsmarineamts, des Generalstabs, des Reichspostamts, des Oberkommandos der Schutztruppen entweder verfaßten oder verbreiteten Flugblätter haben uns ja gezeigt, was für ein anständiges, vornehmes, von idealistischem Schwung getragenes öffentliches Leben die Regierung bei diesen Wahlen gezeitigt hat. Wir Sozialdemokraten, wir hätten doch wenigstens die Entschuldigung für uns, daß wir Arbeiter sind... Der Herr Reichskanzler aber ist angetan mit dem ganzen Glanzfirnis äußerer Bildung, und wie steht es da dem Herrn Reichskanzler an, uns Vorhaltungen über den guten Ton zu machen in einer Rede, wo er selber Ausdrücke gebraucht wie: Rüpeleien, ruchloses Spiel, Parteibonzen, perfide Forderungen, niederträchtige Verleumdungen. Das ist die Sprache des obersten Beamten des Deutschen Reiches in einer Rede nach einer Wahlagitation, in der die Regierung all diese Flugblattmistkübel von Verleumdungen über uns ergossen hat! Der Herr Reichskanzler hat nicht gesiegt, er hat nur in der Wahllotterie gewonnen, gesiegt hat auch bei dieser Wahl nicht das deutsche Bürgertum, gesiegt hat skrupelloseste Demagogie und die von oben gezüchtete politische Korruption. Und wenn nur ein Funke von Recht und Gerechtigkeit in diesem Reichstag vorhanden wäre, dann müßten alle Mandate der Blockpartei kassiert werden.... Dieser Reichstag ist in den Blockparteien das lebendig gewordene Spiegelbild der Wahlkorruption."

Auch bei der letzten Wahl sind an vielen Orten gröbliche Verstöße gegen Wahlgesetz und Wahlreglement vorgekommen. Die Fraktion schloß sich deshalb dem Verlangen nach Einführung von Wahlurnen mit automatischer Vorrichtung zur Vermischung der Wahlkuverts an und brachte einen eigenen Antrag auf Änderung des Wahlgesetzes ein.

Verschiedenes.

Aus den Einzelheiten, die bei verschiedenen Etats oder bei Gelegenheit anderer Beratungsgegenstände berührt wurden, heben wir folgendes heraus: In der Wohnungsfrage traten Brühne und Singer für Ausdehnung der Wohnungsfürsorge nachdrücklich ein; sie begrüßten die Ansetzung von 4 Millionen zur Schaffung billiger Wohnungen für Reichsangestellte und stimmten dem Staatssekretär Grafen von Posadowsky in der Bewertung des Erbbaurechts bei. — Die Fraktion unterstützte auch die Anregung, den Reichsfiskus für die in einzelnen Orten unterhaltenen Fabriken und Anlagen kommunalsteuerpflichtig zu machen. — Unsere Unterstützung liehen wir den Bemühungen auf Sicherung des Wahlrechts bei Empfang freier ärztlicher Behandlung usw.

Als im März die sozialdemokratische Fraktion und eine Reihe von Parteiredakteuren im Reichstage zu einer Besprechung zusammen gewesen waren, fühlte sich die Berliner Polizei bemüßigt, die Einleitung eines Verfahrens auf Grund des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes gegen Einberufer und Teilnehmer an dieser Versammlung in die Wege zu leiten. Bei dieser Gelegenheit, das wollen wir anerkennen, wahrte der Präsident des Reichstages, Graf von Stolberg, mit Erfolg die Würde des Hauses, indem er den Reichskanzler nicht darüber in Zweifel ließ, daß er das Recht aller Reichstagsfraktionen auf Veranstaltung solcher Zusammenkünfte im Parlamentsgebäude, das bisher nie angefochten und von allen Parteien oft ausgenutzt wurde, auch fernerhin schützen werde. Damit war die Angelegenheit erledigt.

Anträge, Resolutionen und Interpellationen.

Die nachfolgende Liste enthält die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im ersten Abschnitt der laufenden Session eingebrachten Anträge usw. Die voranstehenden Ziffern geben die Nummer der Reichstagsdrucksache an.

Nr. 56: Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in Preußen.

Nr. 94/103: Anträge Albrecht und Genossen:

Nr. 94: Gesetzentwurf, betreffend das Recht der Versammlung, Vereinigung und der Koalition,

Nr. 95: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Maximalarbeitszeit,

Nr. 96: Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Gewerbeordnung (Bergarbeiterverhältnisse),

Nr. 97: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend das Knappschaftskassenwesen,

Nr. 98: um Vorlage des Entwurfs eines Reichsberggesetzes,

Nr. 99: Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (Knappschaftskassen),

Nr. 100: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Einrichtung besonderer Schiedsgerichte zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten zwischen ländlichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern, sowie aus dem Gesindeverhältnis,

Nr. 101: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Regelung des Vertragsverhältnisses land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes,

Nr. 102: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Regelung des Wohnungswesens,

Nr. 103: Gesetzentwurf, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen,

Nr. 104: Gesetzentwurf, betreffend die Einsetzung von Reichstags-Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen,

Nr. 105: Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Verfassung (Zeugnisverweigerungsrecht der Reichstagsmitglieder) und der Strafprozeßordnung,

Nr. 106: Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Strafgesetzbuchs (Majestätsbeleidigungs-Paragraphen),

Nr. 120: Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Eingriffe von Behörden usw. bei der Reichstagswahl,

Nr. 121/125: Anträge Albrecht und Genossen:

Nr. 121: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Verhältnisse der Privatbeamten,

Nr. 122: um Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Wahlgesetzes,

Nr. 123: Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches (Konkurrenzklausel),

Nr. 124: Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes,

Nr. 125: Gesetzentwurf, betreffend die Haus- und Heimarbeiter und die Hausgewerbetreibenden.

Nr. 207: Resolution Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1907 — Nr. 9 der Drucksachen —. Etat für das Reichsamt des Innern. — Anlage IV — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 7 Titel 1.

Nr. 210: Resolution Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1907 — Nr. 9 der Drucksachen —. Etat für das Reichsamt des Innern. — Anlage IV — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 7 Titel 1.

Resolutionen Albrecht und Genossen zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 — Nr. 50, 215 der Drucksachen —.

Interpellation Albrecht und Genossen, betreffend Veranlassung von Maßnahmen zur Verhütung von Grubenkatastrophen wie die auf den Zechen „Borussia" bei Dortmund, „Reden" bei Saarbrücken und „Vuillemin" bei Kleinrosseln usw.

Nr. 292: Albrecht und Genossen, Erlaß einer Bundesratsverordnung zur Regelung der Arbeitszeiten für Hütten- und Walzwerksarbeiter.

Nr. 319: Albrecht und Genossen, Etat der Reichsjustizverwaltung — Anlage VII — Fortdauernde Ausgaben. Kapitel 65 Titel 1.

* * *

Die Fraktion hat, in nicht unerheblich schwierigerer Lage als früher, nach besten Kräften die ihr anvertrauten Interessen zu wahren gesucht. Sie ist sich ihrer Verantwortung voll bewußt gewesen und hat, gestützt auf das Parteiprogramm, ihre Arbeit geleistet. Wenn die Gegner meinen, daß das Vertrauen zur Sozialdemokratie im Volke geschwunden sei, so haben schon die Nachwahl in Glauchau-Meerane, die bayerischen Landtagswahlen, die Hamburger Bürgerschaftswahlen und auch andere Gelegenheiten gezeigt, wie grundlos dieser Glaube ist. Wir wissen aber, daß es einer energischen, allumfassenden positiven Betätigung auf allen Gebieten, nicht zuletzt im Reichsparlament, bedarf, um dies Vertrauen zu verdienen und zu vermehren und dadurch die Erwartung der Gegner zuschanden zu machen. In diesem Sinne hat die Fraktion gearbeitet, in diesem Sinne wird sie weiterhin ihre Pflicht erfüllen.

Soziales und Parteileben.

Achtung, Metallarbeiter! Seit dem 21. März stehen in Solingen-Foche die Arbeiter der Firma Gottlieb Hammesfahr im Kampfe, zum Teil im Streik, zum andern Teil ausgesperrt. In den letzten Tagen wird nun erneut versucht, von auswärts, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, Ersatz heranzuholen. Demgegenüber verweisen wir darauf: „Daß in der Spezialindustrie (in diesem Falle Herstellung von Schneidwaren) fremde Leute nur Fiasko machen. Hammesfahr bietet den Leuten nicht mehr wie 3,50 Mk. Tagelohn. Dann sollen die Leute Akkord aufnehmen, bei dem kaum Einheimische und eingearbeitete Leute etwas verdienen können." — Es genüge zur Charakteristik dieser Bewegung mitzuteilen: Von den bei der Firma Hammesfahr ausgetretenen Arbeitern ist bis jetzt auch nicht einer „arbeitswillig" geworden. Der Kampf hat sich inzwischen noch verschärft. Die von Hammesfahr beschäftigten Heimarbeiter, die an der Fertigproduktion tätig sind, haben zum übergroßen Teil auch die Arbeit niedergelegt. Trotz aller verzweifelten Anstrengungen der Firma wird den Arbeitern der Sieg gehören, wenn der Zuzug ferngehalten wird. Auch von den Heimarbeitern haben wir nicht viel Streikbrecher zu erwarten, da die Organisation in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht hat. Wir ersuchen deshalb: Bis auf weiteres Zuzug von Arbeitern aller Art nach Solingen fernzuhalten, ganz besonders aber nach der Firma Gottlieb Hammesfahr-Foche bei Solingen.

Achtung, Bergleute! Zuzug fernhalten! Infolge ausgebrochener Streiks bezw. kurz bevorstehender Streiks und Lohnbewegungen ist der Zuzug von Bergarbeitern nach folgenden Revieren bezw. Gruben streng fernzuhalten: Steinkohlengrube „Hertha" zu Bredenbeck am Deister, Braunkohlenrevier Brandenburg, Nieder-Lausitz. Steinkohlenrevier Nieder-Schlesien und das Leipziger Braunkohlenrevier. Keiner werde zum Verräter an seinen im Kampf um Verbesserung ihrer Lebenshaltung stehenden Arbeitsbrüdern. Kameraden! Übt Solidarität! Haltet den Zuzug fern!

Differenzen im Mannheimer Hafen in Sicht. Der „Pfälz. Post" wird von befreundeter Seite geschrieben: Nachdem im Mannheim-Ludwigshafener Hafengebiete fast ein Jahr Ruhe herrschte, scheint sich in aller Stille ein Ungewitter zusammenzuballen. Der Arbeitgeberverband will seinen Hafenarbeitern, Kranführern rc. eine Arbeitsordnung aufnötigen, die den Stempel der Vergewaltigung trägt. Für fünf Minuten Verspätung will man eine Stunde in Abzug bringen; wenn ein Arbeiter ein Fläschchen Bier trinken will, soll er noch feierlichst um Erlaubnis bitten. Man will ihn also förmlich zum Schulbuben degradieren, der devotest den Lehrer um Erlaubnis zum Austreten bitten muß. Die Arbeiter lehnen natürlich dieses Ansinnen ab und nun will man seitens der Unternehmer mit Gewalt vorgehen, falls das Bezirksamt die Arbeitsordnung sanktioniert.

Ein nachträglicher Streikerfolg. Zwischen den Brauereien von Köln und Umgegend, vertreten durch den Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien zu Dortmund einerseits, und dem Brauerverein von Köln und Mülheim-Rhein, dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und dem Zentralverband der Böttcher andererseits ist nach mehr als dreimonatlicher Verhandlung ein Arbeitsvertrag vereinbart worden. Die Arbeitszeit wurde für April bis einschließlich September auf zehn Stunden täglich und für die übrige Jahreszeit auf [illegible]

Stunden festgesetzt. Der Lohn der Brauer schwankt zwischen 27 Mk. und 29 Mk. für die Woche. Diejenigen Arbeiter, welche diesen Lohn schon erreicht haben, erhalten eine Zulage von 2 Mk. Ferner wurden besondere Vereinbarungen hinsichtlich der Sonntagsarbeit und der Überstunden getroffen. Der Haustrunk soll von allen Brauereien in der bisherigen Weise weitergewährt werden. Der Vertrag läuft vom 30. September 1909 ab. — Selbstverständlich wäre dieser, dem vom Jahre 1904 gegenüber weit günstigere Vertrag nicht zu stande gekommen, wenn nicht die Bierkapitalisten von der Macht der Arbeiterorganisation überzeugt worden wären. Der Sturz Kreuzbauers dürfte den Erfolg nicht unwesentlich beeinflußt haben.

Eine Schlichtungskommission will der bayerische Metallindustriellen-Verband errichten. Der Entwurf, der jüngst veröffentlicht wurde, gab Anlaß zur Einberufung einer Konferenz der Metallarbeiter Bayerns, die in Nürnberg tagte. Der vom Hauptvorstand erschienene Referent Reichel kritisierte in längerer Rede den Entwurf, der darauf hinausgeht, den Einfluß der freien Gewerkschaften gänzlich aufzuheben oder auf ein Minimum zu beschränken und dagegen den gelben Gewerkschaften und sonstigen vom Unternehmertum veranlaßten und protegierten „Arbeitervereins"-Gründungen einen ihnen nicht gebührenden Einfluß zu verschaffen. Die Quintessenz des Referats wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt, die die Schaffung von paritätisch zusammengesetzten Schlichtungs-Kommissionen für durchaus notwendig erklärt und anerkennt, daß solche Kommissionen bei richtiger Organisierung und Handhabung in ganz außerordentlichem Maße dem gewerblichen Frieden und damit auch dem Fortschritt dienen können. Die Versammlung steht daher dem Grundgedanken dieser Schlichtungskommission sympathisch gegenüber und ersucht den Hauptvorstand, mit dem bayerischen Metallindustriellenverband in Unterhandlungen zu treten und dabei vor allem folgende Grundsätze zu beachten: Die vom Industriellenverband angestrebte Schlichtungskommission kann nur dann sozial und wirtschaftlich fortschrittlich wirken, wenn dem tatsächlichen Organisationsstand der Gewerkschaften vollauf Rechnung getragen und davon abgesehen wird, Arbeitervereinsbildungen zur Mitwirkung heranzuziehen, die nach ihren Entstehungsgründen und nach ihrer ganzen Tätigkeit als gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter nicht angesehen werden können. Die Hinzuziehung von Beamten der Gewerkschaften ist nicht nur auf Grund der loyalen Anerkennung des Organisationsstandes der Gewerkschaften gerechtfertigt, sondern auch direkt notwendig zur Vermeidung von Mißverhältnissen und Herbeiführung sachgemäßer Verhandlungen und einer schnellen und leichten Verständigung. Der Entwurf in seiner vorliegenden Fassung, besonders die Bestimmung über das Wahlverfahren und die Verteilung der Mandate kann aber die Zustimmung keiner, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ernstaft vertretenden Gewerkschaft finden, der Entwurf sucht vielmehr den von Unternehmern gegründeten Arbeitervereinen ein weder durch die Zahl der Mitglieder noch durch sonstige Umstände berechtigtes Übergewicht zu geben und wirkt sogar durch die Zulassung unnatürlicher Bündnisse (es ist gestattet, daß zwei oder mehr Parteien zusammen mit „verbundenen Listen" wählen) direkt demoralisierend. Die Konferenz erwartet, daß der bayerische Metallindustriellenverband mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in Unterhandlungen eintritt. Falls solche Verhandlungen stattfinden, soll möglichst vor Einleitung weiterer Schritte eine zweite Delegiertenkonferenz einberufen werden, doch ist das Resultat der Verhandlungen dem Beirat des Vorstandes zur Beratung zu unterbreiten.

„Christliche" Gewerkschaften. In Rheine, einem der schwärzesten Nester des Münsterlandes, waren frei organisierte Holzarbeiter tätig, denen es gelang, eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes ins Leben zu rufen. Darob große Wut bei den in Rheine dominierenden „christlich" organisierten Holzarbeitern, die in dem Maße stieg, als die freien Holzarbeiter von den Christlichen mehrere herüberholten. Einer von den Übergetretenen, ein Ausländer, meldete am 26. August dem christlichen Kassierer durch Postkarte seinen Austritt aus dem christlichen Verbande an. Jetzt erhielt derselbe einen Brief folgenden Inhalts:

„Auf Dein Schreiben vom 26. August zurückzukommen, teile ich Dir mit, daß Deine Abmeldung nicht früher angenommen wird, bis daß Du die Streikunterstützung, die Du während des Streiks erhalten hast, zurückerstattest. Anderenfalls Klage gegen Dich erhoben wird und Du infolgedessen Unannehmlichkeiten davon hast. Bedenke wohl, was Du machst. Du mußt wissen, weil Du ein Ausländer bist, daß, sowie Du es machst, hier in Deutschland nicht durchkömmst, denn wir haben hier in Deutschland Sozialdemokraten genug, und wenn sich Ausländer daran beteiligen, so bekommen sie direkt Landesverweis. Ich werde Deine Karte behalten und sie der Polizei überliefern.

Mit Gruß

Der Bekannte."

Zweierlei in diesem klassischen Schreiben ist echt christlich: Die offene Drohung mit der Denunziation und die Feigheit, die den „Christen" abhielt, den Brief mit seinem Namen zu unterzeichnen. Im übrigen spricht das Schreiben für sich selbst. Und mit solchem Gesindel muß man sich herumschlagen!

Die Fleischteurung im Jahre 1906 wird amtlich bestätigt und beleuchtet im Verwaltungsbericht des Leipziger Vieh- und Schlachthofes. Darin wird gesagt: Mehr noch als im Jahre 1905 wurde im Berichtsjahre der Verkehr durch die herrschende Viehnot beeinträchtigt. Die Viehzufuhr wie die Zahl der Schlachtungen blieb nicht unwesentlich hinter der der letzten Jahre zurück. Der Ausfall an Vieh betrug 1905 10 278 Stück, im Jahre 1906 aber 14 522 Stück. Die Gesamtzahl der Schlachtungen betrug 1904 338 467 Stück, 1905 329 829 Stück gegen 319 577 Stück im Jahre 1906. Pro Kopf der Bevölkerung betrug der Fleischverbrauch 1904 67,86 Kilogramm, 1905 65,60 Kilogramm und 1906 61,93 Kilogramm, gleich einer Abnahme von 8,74 Prozent pro Kopf seit 1904. Bei einer Familie von vier Köpfen ein Minderverbrauch von 47 Pfund im Jahre. Der Durchschnittsverkaufspreis für Schweine zum Beispiel betrug pro 100 Pfund im Jahre 1904 50 Mk., im Jahre 1905 65 Mk. und im Jahre 1906 69 Mk. Aber auch bei allen anderen Fleischsorten hat das Jahr 1906 die höchsten Preise. Sieben Millionen Mark wurden im Jahre 1906 mehr als im Jahre 1904 gezahlt, während gleichzeitig die Zahl der verkauften Tiere um 18 000 zurückgegangen ist.

Im Antwerpener Hafenarbeiterstreik sind die Vergleichsvorschläge von den Arbeitgebern abgelehnt worden.

Der Polizeipräsident als Beklagter. Wie mitgeteilt wurde, hat der Breslauer Polizeipräsident Dr. Bienko in einem Bericht an die Staatsanwaltschaft nach der aufgelösten Maiversammlung behauptet, die Urheber der Arbeiterunruhen seien die sozialdemokratischen Redakteure der „Volkswacht", die mit ihren „verlogenen Berichten" über das Blutbad vom 19. April an systematischer „Verhetzung der Massen" alles überträfen, was bisher geleistet worden sei usw. Des weiteren hatte der Polizeigewaltige in jenem Bericht behauptet, Genosse Albert habe sich in seiner Mairede im Saale des „Tivoli"-Restaurants, Neudorfstraße, jener Verhetzung und Aufreizung würdig an die Seite gestellt, habe von „Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt" und Gewalttätigkeiten und Verbrechen als nachahmenswert bezeichnet usw. Da nun mittlerweile vor Gericht sämtliche Behauptungen Bienkos als irrtümlich erkannt worden und gerichtlich widerlegt worden sind — Genosse Albert wurde bekanntlich, obwohl auf Grund jenes Berichts verhaftet, kostenlos freigesprochen! — und da in der Gerichtsverhandlung sogar der überwachende eidlich bekundet hat, daß Albert nicht „von Bewahrung der Ruhe direkt abgemahnt" hat, hat jetzt Albert unter Zustimmung der Parteileitung Herrn Bienko wegen Beleidigung verklagt. Am Mittwoch war bereits der vorschriftsmäßige „Sühneversuch" beim Schiedsrichter anberaumt, zu welchem Herr Bienko jedoch nicht erschien. Er hatte, da er auf Urlaub sich befindet, sein Ausbleiben entschuldigt. Jetzt hat das Schöffengericht das weitere zu veranlassen. Und wenn nicht die „höhere Gewalt" es verhindert, wird demnächst Herr Bienko, der so oft als Ankläger gegen uns fungiert hat, zur Abwechslung einmal das Anklagebänkchen zu zieren haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Bestrafter Weinpantscher. Die Strafkammer in Landau verurteilte den Winzer Braun in Maikammer wegen Weinfälschung zu einem Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Der Wirt Bekker in Birkweiler, bei dem 10 000 Liter beschlagnahmt wurden, erhielt 14 Tage Gefängnis sowie 50 Mk. Geldstrafe.

Empörende Soldatenbehandlung durch einen Offizier. Am 22. Januar hatte der Hauptmann Franz Erdmann Schultze vom 139. Döbelner Infanterieregiment 35 Mann seiner Kompagnie bei strenger Kälte ohne Handschuhe exerzieren lassen, wobei elf Leuten die Hände erfroren und verschiedene andere Soldaten bis zu 4 Wochen dienstunfähig wurden. Das Leipziger Kriegsgericht verurteilte den Hauptmann wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu der lächerlich geringen Strafe von 3 Wochen Stubenarrest. Man muß sich vergegenwärtigen, daß ein Soldat, wenn er sich geweigert hätte, der verrückten Anordnung, bei so großer Kälte ohne Handschuhe zu exerzieren, Folge zu leisten, also nicht mehr mitgemacht hätte, auf mehrere Jahre „über die Brücke", ins Militärgefängnis, gegangen wäre, um dieses Urteil richtig würdigen zu können. Das mag sich auch der Gerichtsherr gesagt haben, denn er legte Berufung ein, und das Oberkriegsgericht Leipzig hat das Urteil aufgehoben und den Hauptmann Sch. zu der immer noch viel zu milden Festungshaftstrafe von zwei Monaten einer Woche verurteilt. Dieses Urteil hatte aber der Angeklagte angefochten, jedenfalls glaubte er, wegen ein paar erfrorener Hände von so ein paar „Kerlen" sollte man nicht so viel Aufhebens machen. Das Reichsmilitärgericht in Berlin erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision und bestätigte das Erkenntnis des Oberkriegsgerichts.

Alte aufreizende Poesie. Der Herausgeber des Liederbuches für die arbeitende Jugend, Genosse Max Peters in Berlin, wurde wegen Aufreizung verschiedener gesellschaftlicher Klassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Inkriminiert wurde folgende Strophe:

Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn ihr nur einig seid,
Drum haltet fest zusammen,
Dann seid ihr bald befreit!
Drängt, Sturmschritt, vorwärts in den Streit,
Wenn auch der Feind Kartätschen speit,
Dann siegt ihr, Arbeitsmänner, das Proletariat!

Das Lied, von Hans Most, wird seit zwanzig Jahren in Deutschland gesungen.

Aus Nah und Fern.

Zum Straßburger Eisenbahn-Unglück. Der Arbeiter Gabler, der unter dem Verdachte, den Straußberger Bahnfrevel begangen zu haben, verhaftet worden war, wurde, wie ein Berichterstatter meldet, aus der Haft entlassen. Der Schuhmacher Leistner ist noch der Teilnahme stark verdächtig.

Rohe Tat. Wie aus Halle gemeldet wird, warfen in Siersleben junge Bergleute eine Flasche, die sie mit Karbid und Wasser gefüllt hatten, in eine Schar spielender Kinder. Die Flasche explodierte, und durch die herumgeschleuderten Glassplitter wurden zehn Kinder verletzt.

Eine Spielergesellschaft wurde in Essen aufgehoben; dieselbe hasardierte um hohe Summen.

Wieder einer! Bei dem Kirchenkassenrendanten Vill in Duisburg wurden durch den Pfarrer Großmartin Unterschlagungen in Höhe von 24 000 Mk. entdeckt, die 6 Jahre zurückreichen. Es ist keinerlei Deckung vorhanden, trotzdem befindet sich Vill noch auf freiem Fuß.

Ein Wilderer erschossen. Die „Magdeburgische Ztg." meldet aus Helmstedt, daß Mittwoch abend der Förster Bölsche einen Wilderer aus Waldeck erschoß, der auf ihn anschlug.

Ein dreister Diebstahl wurde nachts in der städtischen Urnenhalle in Wiesbaden auf dem Friedhofe verübt. Die Diebe müssen die Friedhofmauer und dann mit einer Leiter das drei Meter hohe Tor der Urnenhalle überstiegen haben. Sie raubten zwei etwa ½ Zentner schwere Urnen mit Aschenresten. Die Urnen bestanden aus schwarzem Marmor.

Schweres Unglück. In Nordlünen bei Lünen (Provinz Westfalen) wurde das siebenjährige Kind einer Witwe von zwei hintereinander fahrenden Erntewagen überfahren. Die Teilnahme der Bevölkerung ist umso größer, als erst vor zwei Jahren der älteste Sohn und im Jahre vorher der Ehemann der Frau auf gewaltsame Weise ums Leben gekommen sind.

Ein schimmes Versehen. Der Förster Dölsche in Helmstedt erschoß einen Waldarbeiter aus Waldeck, den er versehentlich für ein Stück Wild gehalten hatte.

Ein Opfer der Koblenzer Spionageaffäre? Nach einer Meldung wurde in der Nacht zum Freitag bei Koblenz an der Karthause der Unteroffizier Blatzheim vom Infanterieregiment Nr. 65, der als Schreiber auf dem Bureau des Generalkommandos des 8. Armeekorps beschäftigt war, mit einer Schußwunde im Kopf bewußtlos aufgefunden und nach dem Krankenhause gebracht. Es handelt sich um einen Selbstmordversuch; der Verletzte ist noch nicht vernehmungsfähig. Es wird vermutet, daß die Tat mit der Schiwaraangelegenheit zusammenhängt; die Untersuchung ist eingeleitet. Wie ferner aus Frankfurt gemeldet wird, wurde dort in der Spionageangelegenheit ein Mann namens Fischer, Reservist des Fußartillerieregiments Nr. 3, verhaftet.

Ein patentierter Patriot als Vaterlandsverräter. Der Schriftsteller Schiwara, der als Hauptmacher des in Koblenz in großem Maßstab organisierten Landesverrates verhaftet wurde, ist 14 Jahre lang Redakteur des Solinger amtlichen Blattes gewesen. Während dieser Zeit hat er sich als großer Patriot aufgespielt und mächtig gegen die „vaterlandslose" Sozialdemokratie geschimpft und gewettert. Wie unser Solinger Parteiblatt schreibt, hat Schiwara in Verleumdung der Sozialdemokratie das unmenschlichste geleistet, das Blatt hat deshalb manchen Strauß mit ihm auszufechten gehabt. Unzählige Male hat er die Sozialdemokraten Vaterlandslose und Vaterlandsverräter genannt. Am Freitag fand in der Wohnung Schiwaras eine neue Haussuchung statt, die mehrere Stunden dauerte. Sie förderte viel belastendes Material zu Tage, aus welchem sich ergibt, daß Schiwara schon längere Zeit Landesverrat getrieben hat. Es ist festgestellt, daß bei ihm zahlreiche Militärpersonen verkehren und daß er der französischen Regierung das Anerbieten gemacht hat, ihr militärische Geheimnisse gegen Bezahlung zu verraten. Zumeist handelt es sich um Pläne, Zeichnungen und Bedienungsvorschriften für die neuen Rohrrücklaufgeschütze. Er genoß früher bei der deutschen Militärbehörde großes Vertrauen; u. a. gewährte man ihm bei den Manövern Zutritt zu den vertraulichen Vorträgen, die ein Generalstabsoffizier den Vertretern der Presse hielt. Als er einmal die auf diese Weise ihm zur Kenntnis gekommenen Gefechtsstellungen der beim Manöver gegeneinander operierenden Armeekorps einen Tag früher veröffentlicht hatte, wodurch die Geheimhaltung der „Kriegslage" illusorisch wurde, verlor er das Vertrauen der Militärbehörde. Sein häufiger Verkehr mit Unteroffizieren, die er mit Champagner traktierte, fiel auf und er wurde seit einiger Zeit scharf beobachtet; um ihn aber in Sicherheit zu wiegen, erhielt er noch einige Tage vor seiner Verhaftung Legitimationspapiere und Einladungskarte für die Kaiserparade in Münster.

Ein folgenschweres Brandunglück hat sich in Kunzendorf im Kreise Großwartenberg (Schlesien) ereignet. Dort hatten Eltern ihren zweijährigen Sohn in der Wohnung eingeschlossen und sich entfernt. Aus noch unaufgeklärter Ursache brach Feuer in dem Hause aus und der Knabe verbrannte. Der zurückkehrende Vater eilte in das brennende Gebäude, um sein Söhnchen zu retten, und erlitt dabei erhebliche Brandwunden. Die Ehefrau des Hausbesitzers wollte noch etwas von ihrer Habe retten; sie wurde aber von den Flammen erfaßt und getötet.

Eine vierzehnjährige (!) Arbeiterin getötet! Ein grausiges Unglück, welches einem das Blut in den Adern erstarren macht, wird aus der Els. Konservenfabrik Ungemach in Schiltigheim bei Straßburg gemeldet. Eine junge Arbeiterin, Elise Ruch aus Hönheim, wollte sehen, ob noch Früchte im Aufzuge heraufkommen, sie kam mit den Haaren in den Elevator und im Nu wurde ihr der Kopf direkt abgequetscht. Das Mädchen steht im Kindesalter von 14 Jahren. Der Unfall spielte sich Abends gegen 7 Uhr ab und erregte allenthalben großes Aufsehen. — Die Fabrikleitung schreibt über das Unglück: „Heute Abend geriet kurz vor 7 Uhr in der Konservenfabrik zu Schiltigheim die vierzehnjährige Elise Ruch bei unbefugter Annäherung an einen Elevator in das Getriebe und wurde derart schwer verletzt, daß trotz sofortiger ärztlicher Hilfe der Tod eintrat.

Die „Strecke" der Automobile im Kaisermanöver. Die Automobile haben während der drei Manövertage an der Weser und in Westfalen wieder übel gehaust. Während, so schreibt man dem „B. T.", die Manöver mit ihren mehr denn 120 000 Mann Tag und Nacht im Felde stehenden Soldaten kaum größere Unglücksfälle ergeben haben, hat das Auto wieder eine starke „Strecke" zusammengebracht. In der Nähe von Frohnhausen wurden vier Dorfbewohner überfahren und getötet. Unweit Höxter wurde der Kreisphysikus Dr. Buchholz von einem Auto überfahren und getötet. Bei Brakel überfuhr ein Automobil den praktischen Arzt Dr. med. Hartmann aus Ottenstein a. d. Weser. Hartmann wurde auf der Stelle getötet. Die Zahl der Verletzten ist natürlich größer. Bislang sind noch nicht alle Fälle bekannt gegeben, doch darf man nach den Berichten von Radfahrern und Automobilisten darauf rechnen, daß die Zahl der Unglücksfälle ziemlich groß sein wird. Aber all das kümmert, wie es scheint, die Verwaltungsbehörden wenig, denn von energischen Maßnahmen gegen das verbrecherische Treiben des Automobs hört man nichts.

Mäuseplage im Kreise Wetzlar. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Wetzlar: Unter einer ungeheuren Mäuseplage haben verschiedene Bezirke des Kreises Wetzlar zu klagen. Da die von den Gemeinden vorgenommenen Vergiftungsversuche erfolglos blieben, werden für die eingelieferten Mäuse Prämien gezahlt. Die Äcker gewähren vielfach einen ganz trostlosen Anblick. Der angerichtete Schaden ist enorm.

Opfer des Militarismus. In der Nähe von Neuß erlitt ein Reservist des in Köln liegenden 65. Infanterieregiments einen Hitzschlag und starb sofort. Der Verstorbene stammt aus Aachen und hinterläßt seine Frau und vier Kinder.

Ein Racheakt. Die „Schlesische Zeitung" meldet aus Schreiberhau: Als die Inhaberin der Pension Villa Waldpark ihren Haushälter ablohnte und ihm die Entlassungspapiere übergab, schloß dieser plötzlich die Tür ab und forderte unter Drohungen die ganze im Besitze der Wirtin befindliche Barschaft. Nachdem er das Geld auf einer Gebirgstour verjubelt hatte, schrieb er einen Drohbrief an die Pensionsinhaberin. Der anwesende Bruder der letzteren übergab den Brief der Polizei, der es gelang, den frechen, 23jährigen Burschen auf der Josefinenhütte festzunehmen. Bei seiner Verhaftung versuchte er sich durch Revolverschüsse zu töten und mußte, schwer verletzt, nach dem Krankenhause gebracht werden.

Die verunglückte Nordpol-Expedition. Drontheimer Meldungen zufolge ist Wellmann mit dem Dampfer „Frithjof" in der letzten Nacht von Spitzbergen dort angekommen. Wellmann stieg mit dem Ballon am 2. September auf. Starke Nordwestwinde führten indessen den Ballon südwärts über Land. Schließlich wurde der Ballon abgeschnitten und im Stich gelassen. Die übrigen Teile wurden nach zweitägiger Arbeit geborgen.

Unglaublich aber wahr soll folgender Vorgang sein, den das „Stock. Tagblatt" aus Zizenhausen berichtet: Am 19. August erschien am Fahrkartenschalter der Großh. bad. Staatsbahnen in Villingen ein Reisender und verlangte eine Fahrkarte. 3,60 Mk. wollte der Beamte dafür haben. Der Reisende sagte: „Soviel zahl' i nit!" Der Beamte suchte nach und erklärte dem Reisenden: „Ja, Sie haben recht, kostet nur 3,20 Mk." Darauf der Reisende: „Ja, soviel zahl' i au no nit, i zahl' 3 Mk., dann sind Sie z'friede." Daraufhin wurde eine Fahrkarte für 3 Mk. ausgestellt und der Reisende stieg befriedigt ein. Während der Fahrt erzählte er seinen Handel einem Mitreisenden, doch der erklärte: „Sie haben noch zu viel bezahlt. Sie hätten noch mehr „märkte" solle. Ich fahre gleich weit wie Sie und zahle nur 2,85 Mk." und tatsächlich war es so! — Eine nähere Erklärung dieser Geschichte fehlt.

Der Raubmörder auf der Flucht. Aus Valjevo (Serbien) wird berichtet: Ein zu langjährigem Gefängnis verurteilter Raubmörder entfloh aus dem Gefängnis, nachdem er dem Wächter einen Revolver entrissen und ihn niedergeschossen hatte. Auf der Straße warfen sich mehrere Personen

dem Flüchtenden entgegen, der zwei von ihnen erschoß und eine verwundete. Gendarmen, die ihn mit Gewehrschüssen empfingen, gelang es, ihn zu verhaften. Der Vorfall ereignete sich an dem Geburtstage des Thronfolgers. Infolge des Schießens entstand im Publikum eine Panik. Allgemein wurde geglaubt, eine Revolution sei ausgebrochen; erst später beruhigte sich die Bewohnerschaft.

Ein „Bierkrieg" bereitet sich in Bayern vor, der sich anscheinend über das ganze Land erstrecken wird. Die Brauindustrie, die immer mehr vom Großkapital beherrscht wird, strebt eine Erhöhung des Bierpreises an, obwohl hierzu, wie die Dividendenverteilungen der Brauereiaktiengesellschaften beweisen, nicht der geringste Anlaß vorliegt. Um den Plan durchführen zu können, ist es notwendig, zuvor die ganze Industrie unter einen Hut zu bringen. Die tonangebenden Brauereibarone sind deshalb an der Arbeit, um einen Zusammenschluß herbeizuführen und ein ganz Bayern umfassendes Kartell zu gründen. Um die Wirte der Schröpfung des Publikums geneigt zu machen, will man ihnen die Hälfte der Preiserhöhung zugestehen. Die Wirte wären damit wohl auch einverstanden, wenn die Vertrustung der Brauindustrie nicht auch sie mit schweren Gefahren bedrohen würde. Ist einmal der Ring geschlossen, sind sie dem Brauereikapital willenlos ausgeliefert und müssen sich von ihm alle Bedingungen diktieren lassen. Dies hat im Bezirk Nürnberg-Fürth-Schwabach, wo die Brauereien bis auf einige kleine Betriebe bereits zu einem Ringe vereinigt sind, dazu geführt, daß die Wirte zur Selbsthilfe gegriffen und beschlossen haben, eine Genossenschaftsbrauerei zu gründen, für die schon jetzt über eine halbe Million Mark gezeichnet ist und Verpflichtungen auf Bierabnahme in der Höhe von mehr als 30 000 Hektolitern jährlich vorliegen. Dieses Resultat hat den Ring bewogen einzulenken und an den Führer der Wirtebewegung die Mitteilung zu richten, daß man bereit sei, über die seit vielen Monaten unbeantwortet gelassenen Forderungen der Wirte zu unterhandeln. Die Wirte erblicken in dieser plötzlichen Bereitwilligkeit jedoch nur eine Finte, die den Zweck haben soll, die Sache so lange hinauszuzögern, bis der Zusammenschluß der Brauer vollendet ist. Die Errichtung der Genossenschaftsbrauerei wird daher weiter betrieben.

Adel verpflichtet. Der Graf Max von Lerchenfeld entließ kürzlich, wie wir dem „Courier" entnehmen, einen Kutscher, der bei ihm treu und redlich 27 Jahre gedient hatte, weil dieser so frech war, nicht etwa ein Sozialdemokrat zu werden, sondern weil er dem lammfrommen, zu allen streikbrecherischen Taten sich gebrauchen lassenden Christlichen Transportarbeiterverbande beitrat. Auch die Schwarzen erscheinen diesem „edlen" Grafen schon gefährlich. Wie mögen die Arbeitsverhältnisse bei diesem Blaublütigen aussehen?

Geschenke an Beamte — eine Beleidigung. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, nach diesem Grundsatze hatten der Direktor und der Prokurist einer Firma, die für die Staatsbahnverwaltung Lieferungen ausführte, zwei Eisenbahnsekretären, die bei den Beschaffungen und Prüfungen mitzuwirken hatten, Geschenke gemacht. Die Beamten erblickten darin den Versuch, sie in ihren amtlichen Handlungen zu Gunsten der Firma zu beeinflussen, lehnten die Annahme der Geschenke ab und erstatteten ihrer vorgesetzten Behörde Anzeige. Die Strafkammer verurteilte den Direktor und den Prokuristen wegen Beleidigung. Minister Breitenbach bringt den Fall jetzt zur allgemeinen Kenntnis der Beamten und spricht die Erwartung aus, daß jeder Beamte zutreffendenfalls derartige ehrenrührige Zumutungen alsbald zur Kenntnis seiner vorgesetzten Behörde bringen werde. Gegen Beamte, die demgegenüber aus Anlaß ihrer dienstlichen Tätigkeit von dritten in irgend einer Form Geschenke entgegennehmen, solle auf das strengste vorgegangen werden. Wer den Beamten in dieser Weise Geschenke mache oder anbiete, habe nicht allein die strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen, sondern werde auch von allen Lieferungen usw. dauernd ausgeschlossen werden.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, 16. September 1907.

Der Wortführer eröffnet die Sitzung 11,25 Uhr und widmet dem ausgetretenen Mitgliede der Bürgerschaft Dr. Gaedecke Worte der Anerkennung. Ebenso tritt Herr Külsen aus der Bürgerschaft durch schriftliche Erklärung aus. Die Zahl der Mitglieder der Bürgerschaft beträgt jetzt 111.

Beratung über den Antrag Lauenstein in Verbindung mit der Kommissionsvorlage, betreffend Gewährung einer Vergütung an die ländlichen Vertreter der Bürgerschaft für die durch die Abendsitzung entstandenen Unkosten.

Barthels legte einen Antrag vor, statt 5 Mk. 6 Mk. zu sagen. Wenn die Herren behaupten, mit 5 Mk. nicht auskommen zu können, so muß ich das bestreiten. Es soll nur eine Vergütung gezahlt werden für die Abendsitzungen. Daß 5 Mk. nicht ausreichen, haben die Herren noch nicht bewiesen. Auch die hiesigen Mitglieder haben durch die Abendsitzungen Mehrkosten. Wir beanspruchen keinerlei Diäten, weil wir die Mitgliedschaft zur Bürgerschaft als Ehrenämter ansehen. Ich habe deshalb beantragt, daß nur für die Mehrkosten, die den ländlichen Vertretern entstehen, eine Entschädigung zuteil werde. Wir haben sowieso schon große Ausgaben im Staate, und müssen deshalb sparen, wo es möglich ist.

Lauenstein: Bleiben Sie bei den Abendsitzungen, dann ist die Erhöhung überflüssig. Bewilligen Sie die 5 Mk. für die Abendsitzungen.

Der Kommissionsantrag, Abs. 1, 5 Mk. für die ländl. Abgeordneten zu den Abendsitzungen zu bewilligen wird mit 40 Stimmen angenommen. Der 2. Antrag der Kommissionsvorlage, wonach den Mitgliedern, wenn sie am Abend zurückfahren, bis zu 5 Mk. bewilligt wird, wird ebenfalls angenommen.

Sen. Brehmer ladet die Mitglieder der Bürgerschaft zur Besichtigung der neuen Bahnhofsanlagen auf nächsten Sonntag ein.

Auch der Leiter des Hochofenwerks ladet die Bürgerschaft im Oktober zur Besichtigung ein.

Die Anträge Wissell werden auf Wunsch des Antragstellers zurückgestellt.

Ständiger Senatskommissar Dr. Eschenburg macht verschiedene Mitteilungen.

Der Antrag des Senats:

Ankauf des Grundstücks Weiter Krambuden Nr. 3 durch die St. Marien-Kirchengemeinde

wird angenommen.

Ebenfalls debattelos angenommen wird der Antrag betr.

Ankauf des Grundstücks Glockengießerstraße Nr. 25 durch die Stiftung Füchtings Hof.

Zum Antrag des Senats betr.

Maßnahmen zur Verwertung der Industrieländereien

v. Schack, daß man mit dem Antrage zufrieden sein könne. Es waren bisher zu viele Körperschaften, die gehört werden mußten. Der Grundgedanke des Senatsantrages ist sehr gut. Aber der Bürgerschaft soll ein Recht mit der neuen Handhabung des Verkaufes der Ländereien aus der Hand genommen werden. Der Senat hat hier die Macht in Händen, für die zu wählenden und ihm genehmen Personen. Und die Bürgerschaft hat nichts mehr zu sagen auf unabsehbare Zeit. Es ist kein Mißtrauen für das Finanzdepartement, aber ich möchte die Zeit für das weggegebene Recht beschränkt wissen. Vollständig dürfen wir uns nicht ausschalten lassen, vielleicht wäre ein Zeitraum von fünf Jahren angebracht. Die Bürgerschaft muß auch jedesmal Bericht über den Verkauf von seiten des Senates erhalten. Der Redner stellt einen Antrag zur Ergänzung des Senatsantrages: bis 1912 dem Finanzdepartement den Verkauf zu überlassen.

Dr. Eschenburg kann dem Antrag auf 5jährige Dauer nicht entgegentreten.

Schulmerich: Wenn es sich um geringe Bewilligungen handelt, wird lange debattiert, wenn es sich um größere Summen handelt, wird mit größerer Leichtigkeit hinweggegangen. Nach der Verfassung dürfen Verkäufe nur mit Zustimmung der Bürgerschaft und des Bürgerausschusses stattfinden. 8—10 Millionen Quadratmeter sollen ohne weiteres dem Finanzdepartement zum Verkauf zur Verfügung gestellt werden. Es ist ein folgenschwerer Schritt, wenn die Bürgerschaft ihr Recht der Mitbestimmung aufgibt. Es muß in jedem einzelnen Falle geprüft werden, wenn Staatsländereien verkauft werden. Wir müssen uns Erbbau- oder Wiederkaufsrechte sichern. Die Bürgerschaft muß in allen Fällen ihr Ja dazu sagen, wenn Gelände verkauft wird. Es müssen dem Finanzdepartement Beschränkungen bei Vertragsabschlüssen auferlegt werden. Schon in Hinsicht der event. zu erbauenden Arbeiterwohnungen muß Klarheit geschaffen werden. Wenn man sich entschließe, hierfür das Erbbaurecht einzuführen, wäre ein großer Vorteil geschaffen. Es kann uns nicht einerlei sein, welche Industrien angelegt werden.

Ständiger Senatskommissar Evers: Das Erbbaurecht ist eine wichtige Frage, aber das kann nicht von der Industriefrage abhängen. Ob der eine oder andere hin und wieder mal mit einem Bauplatz ein Geschäft mache, kann für die Sache nicht entscheidend sein.

Dr. Neumann: Wir wollen praktische Politik treiben. Die Vorlage soll die industrielle Hebung Lübecks beschleunigen. Praktischen Erwägungen gegenüber müssen grundsätzliche Bedenken zurücktreten. Für industrielle Unternehmungen kann das Erbbaurecht nicht in Frage kommen. Ein Versuch wurde in dieser Frage bei der Lübecker Maschinenbaugesellschaft gemacht, aber ohne Erfolg. Erst wenn wir nicht mehr an den Markt treten müssen mit unseren Ländereien, können wir ähnliche Fragen aufrollen. Um die Konkurrenz anderer Plätze aus dem Felde zu schlagen, werden wir wohl einmal gezwungen werden, billiges Gelände zu verkaufen. Beim Erbbaurecht muß meistens erst eine kreditfähige Genossenschaft gefunden werden, um diese schwierige Frage zur befriedigenden Lösung zu bringen.

Peter Pape: Die Senatsvorlage hat eine mangelhafte Begründung. Die Verhandlungen, die wir bisher über Verkäufe hier gepflogen haben, haben nicht zu lange gedauert. Höchstens sind die Verhandlungen in den Kommissionen verzögert worden. Ich habe mich bemüht, aus der Verfassung herauszufinden, ob die Bürgerschaft dem Finanzdepartement ein solches Recht einräumen kann. Ich möchte bitten, daß erst nachgewiesen wird, daß die Bürgerschaft solche Rechte abtreten kann. Redner bittet, den Antrag abzulehnen und beantragt namentliche Abstimmung.

Senator Dr. Fehling polemisiert gegen Pape; die staatsrechtliche Frage ist dahin auszulegen, daß Senat und Bürgerschaft das Recht haben, einer Kommission eine solche Vollmacht zu erteilen, wie die Vorlage fordert.

Thiele ist für den Senatsantrag.

Glasau hat mehr Vertrauen zur Senatsvorlage als Pape und Schulmerich und ist bereit, die verfassungsmäßigen Rechte dahin zu geben, um die Ländereien los zu werden.

Spezialk. Eschenburg: Allen Personen soll Gelegenheit gegeben werden, Areal zu erwerben.

Dr. Ziehl: In der Vorstadt St. Gertrud ist durch die Industrieheranziehung eine gewisse Unsicherheit eingetreten. Es wird gesagt, mit der Idylle der schönen Wälder sei es vorbei. Aber das Polizeiamt muß hier Wandel schaffen. Einzelne Damen mit Kindern können sich kaum noch allein in die Schlutuper Wälder wagen. Von Travemünde nach Schlutup ist der Abendverkehr für Radler und einzelne Personen nicht mehr ratsam. Die Schutzmannschaft muß vermehrt werden.

Senator Dr. Neumann: Die Sachen sind dem Senate berichtet worden und für Sicherheit des Publikums ist auf der Travemünder Chaussee und den Wäldern gesorgt worden.

Schulmerich ist in vielen Punkten mit dem Senate einverstanden: aber ich kann nicht zugeben, daß ein Geschäftsmann mit Staatsländereien ein gutes Geschäft macht. Dadurch schädigen wir uns selbst. Aber die Entscheidung muß bei der Bürgerschaft bleiben.

Senator Eschenburg: Die Spekulation ist selbstverständlich bei industriellen Handlungen vorhanden.

Dobberstein: Das Recht wird man dem Finanzdepartement geben können und müssen, aber gewisse Terrains müssen in der Hand des Staates bleiben. Das von uns ausgelegte Kapital muß so schnell als möglich zinstragend angelegt werden. Nach einem jeden Verkauf muß uns Bericht erstattet werden. Das Erbbaurecht ist anwendbar. Ich möchte das Ersuchen an die betr. Kommission stellen, das Terrain für Arbeiterwohnungen kostenfrei herzugeben.

Senator Eschenburg: Das Erbbaurecht ist ziemlich schwierig zu lösen. Geschenkt kann Bauterrain nicht für Arbeiterwohnungen werden.

Peter Pape: Die Vorlagen, die in die Bürgerschaft kommen, müßten so gestellt sein, daß man auch klug daraus wird. Wenn die Bürgerschaft zu dem Antrag ihre Zustimmung gibt, handelt sie verfassungswidrig.

Rud. Thiel freut sich über die Vorlage; die Kommission wird so bald die großen Terrains nicht verkaufen können, was wir gebrauchen, sind Industrien, die sich schnell entwickeln. Es muß der Kommission möglichst bald Terrain zur Verfügung gestellt werden, die der Stadt nahe liegen.

Senator Eschenburg: Es ist überall Areal vorhanden, das verkauft werden kann. Unser gesamtes Areal ist gut gelegen.

Dr. Görtz: Einen Bruch der Verfassung begehen wir nicht mit der Annahme der Vorlage. In Hamburg ist genau dieselbe Verfassungsbestimmung vorhanden. Statt des Gelegenheitsarbeiters, der die Ursache der Unsicherheit bildet, müssen seßhafte Arbeiter herangezogen werden, die gute und billige Wohnungen erhalten. Möglichst wenig Schnapsschänken dürfen errichtet werden.

Klein: Das Erbbaurecht ist noch niemals ernstlich in Erwägung gezogen worden. Ich freue mich, daß dieser Frage näher getreten wird. Auch mir sind in Dummersdorf und Kücknitz eine Reihe Klagen wegen der Unsicherheit bekannt geworden. Die Mittel zur Sicherheit müssen unter allen Umständen bereitgestellt werden. Die Agenten müssen angewiesen werden, nur zuverlässige Arbeiter zu vermitteln.

Stender empfiehlt die Annahme des Senatsantrages und bittet für die Arbeiterverhältnisse gesunde Grundlagen.

Peter Pape kann Dr. Görtz nicht beistimmen in Bezug auf die verfassungsrechtliche Frage des Senatsantrages.

Dr. Görtz: Die großen Industrien können die tüchtigen Arbeiter nicht herbekommen, weil den Arbeitern keine guten Wohnungen in genügender Zahl zur Verfügung stehen. Namentliche Abstimmung wird abgelehnt. Der Antrag hierauf angenommen mit Zusatz v. Schack.

Zum Antrag Pachtung und Verpachtung des Stadthallentheaters nimmt

Theod. Schwartz das Wort: In dieser Sache wurden drei Verträge abgeschlossen; nachdem so lange die Vorbereitungen gedauert haben, soll die Bürgerschaft darüber sich in so kurzer Zeit beschließen. Es müßte doch ein Referat mündlich oder schriftlich erst der Bürgerschaft gegeben werden. Die prinzipiellen Bedenken sind zweierlei Art. Nun kann jeder kommen und eine Anleihe beim Staate machen wollen. Piorkowski kommt nie aus mit der bewilligten Summe und Kurtscholz wird es auch nicht können. Redner kritisiert einzelne Paragraphen des Vertrages. Die Konkurrenz soll die Entwicklung der Kunst fördern. Die Vorlage hindert aber dieses. Mit solchen Grundsätzen stellen wir uns nach außen hin ein Armutszeugnis aus.

Spezialk. Senator Eschenburg: Wir sind im Finanzdepartement der Ansicht, daß mit der Beleihung der 100 000 Mark ein Risiko nicht besteht. Wir wollen nicht jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen.

Thiele ist gegen den Senatsantrag. Er beantragt Kommissionsberatung.

Senator Dr. Vermehren: Die meisten Direktoren, die sich um das neue Stadttheater bewarben, sprachen sich gegen die Konkurrenz im Stadthallen-Theater aus.

Borgwardt macht Mitteilung, daß die Vorlage im Wirteverein warm empfunden worden sei, da man nun wisse, wo eine Anleihe zu machen sei, wenn jemand in Verlegenheit komme.

Der Antrag Thiele wird abgelehnt, der Antrag des Senates angenommen.

Zum Antrag über die Beschaffung des Fundus des neuen Stadttheaters bemerkt

Mühsam, daß die Summe für das Theater immer höher gestiegen sei; zuletzt wurden noch einmal 92 000 Mk. verlangt und die Bürgerschaft legte noch 10 000 Mk. zu. Und jetzt ist die Theaterfrage in der Kostenangelegenheit noch nicht erledigt. Bis jetzt sind 1 816 000 Mark bewilligt und nun sollen noch 320 000 Mk. bewilligt werden. Bei unserer heutigen Finanzlage können wir mit dem Gelde der Steuerzahler nicht so wirtschaften. Redner bittet den Antrag abzulehnen, was gespart wird, kommt den Steuerzahlern zugute.

Ständiger Senatskommissar Eschenburg widerspricht den Ausführungen des Vorredners. Die Fundussumme kommt auch uns hoch vor, aber sie ist notwendig. Die Theaterbaukommission hat alles geprüft.

Th. Schwartz erinnert daran, als er vor zwei Jahren gesagt, das Theater koste 2½ Millionen Mark, habe man gelacht, und heute sind wir nahe daran, diese Summe erreicht zu haben. Es werde wohl auch 3 Millionen verschlingen. Redner ist der Ansicht, daß der Fundus imprägniert werden müsse.

(Schluß folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Der gemordete Schlaf. Die beachtenswerten Ausführungen über die Schlafverhältnisse Berliner Gemeindeschüler von Dr. L. Bernhard, Schularzt in Berlin, auf dem Kongreß für Kinderforschung und Jugendfürsorge 1906 zu Berlin sind jetzt als Sonderabdruck erschienen. Dr. Bernhard hat, wie wir einer Anzeige der „Sozialen Praxis" entnehmen, seine Studien im Laufe von drei Jahren bei seiner Tätigkeit im Zentrum Berlins gemacht. Die Aufzeichnungen beziehen sich auf 6551 Kinder. Das Beobachtungsmaterial setzte sich nicht nur aus dem kleinen Kaufmanns-, Beamten- und Handwerkerstande sowie aus den Arbeiterfamilien, sondern auch aus den allerärmsten Schichten der Bevölkerung (Almosenempfängern, Gelegenheitsarbeitern, Eheverlassenen u. s. w.) zusammen. Wenn man als Maßstab die notwendige Schlafdauer annimmt, die Axel Kay für die verschiedenen Altersstufen berechnet hat, so haben die Berliner Schulkinder im Alter von 6—14 Jahren, die Dr. Bernhard beobachtete, von 40 Minuten bis 1 Stunde 40 Minuten zu wenig Schlaf täglich. Diese letzteren Kinder schlafen im Jahre 608 Stunden zu wenig; sollte die verlorene Schlafzeit nachgeholt werden, so müßten sie za. 25 Tage ununterbrochen Tag und Nacht schlafen! Die große Zahl nervöser, blutarmer Kinder ist eine Folge des ungenügenden Schlafs. Als Ursachen kommt teilweise der Unverstand der Eltern in Betracht, dann aber vor allem soziale Ursachen, wie Mithilfe bei der Heimarbeit, Straßenhandel, Austragen von Zeitungen und Backwaren. Der Schlaf der Kinder wird ferner beeinträchtigt, wenn sie in ungesunden engen Räumen liegen und kein eigenes Bett haben. Die überwiegende Mehrzahl der Kinder schlief in Räumen mit 3 und 4 Personen zusammen; das Maximum waren 9 Personen in einem Zimmer. Nur 33 Prozent, also ⅓ der Kinder, hatten ein Bett allein, 63,5 Prozent schliefen zu zweien, die übrigen sogar zu dreien und vieren im Bett. Zur Verbesserung der Schlafverhältnisse der Kinder verlangt Dr. Bernhard Aufklärung der Eltern: „Die leidige Gewohnheit, die Kinder bis spät in die Nacht hinein zu Vergnügungen mitzunehmen, muß immer wieder gerügt werden. Ferner müssen die Eltern auf die schlafschädigenden Einwirkungen aufregender Genußmittel wie Alkohol, Kaffee, Tee usw. hingewiesen werden. Not tut weiter eine Kontrolle der Lektüre; der Verbreitung wertloser, aufregender, das Nervensystem aufs schwerste schädigender Bücher muß energisch entgegengetreten werden." Daneben soll auch die Schule den Kindern eine längere Schlafmöglichkeit geben, indem sie den Schulanfang im Sommer auf 8 Uhr, im Winter auf 9 Uhr legt. Dazu kommt dann aber noch in erster Linie die Notwendigkeit, billige und gesunde Wohnungen auch für die unbemittelten Kreise zu erstellen.

Briefkasten.

Geschäftsinhaber von St. Lorenz. Wir haben, wie Sie aus der heutigen Nummer ersehen, gerne Notiz von Ihrer Vereinsgründung genommen; Versammlungsberichte aber können wir nicht aufnehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.